

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jedes Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag: Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Oranienstr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 26

Berlin, den 27. Juni 1931

6. Jahrgang

Verhängnisvolle Politik für die deutsche Wirtschaft

Wirtschaftlich sieht es gegenwärtig in Deutschland trostlos aus, und politisch nicht viel besser. In diesem bedauernswerten Zustand haben bestimmte Kreise ihre helle Freude, weil er sie in die Lage versetzt, politische und wirtschaftliche Vorteile wahrzunehmen. In der brutalsten Weise gehen die Nutznieher dabei vor. Sie schrecken vor nichts zurück. Ihr Treiben bringt dem Reich die größten Schwierigkeiten und wird der Wirtschaft allmählich zum Verhängnis. Die verflochtenen letzten Wochen lieferten wieder einmal mit aller Deutlichkeit die Bestätigung dafür.

In knapp drei Wochen im Juni verlor die Reichsbank rund 800 Millionen Reichsmark an Gold und Devisen. Ihr Bestand an Deckungsmitteln schmolz von 2,8 auf 2 Milliarden Reichsmark zusammen. Der Reichsbankdiskont mußte deshalb um 2 Proz. von 5 auf 7 Proz. erhöht werden. Ende Juni müssen zur Deckung unseres Notenumlaufs von 4,4 Milliarden Reichsmark 1 1/2 Milliarden Reichsmark Gold und Devisen vorhanden sein, 2 Milliarden sind schätzungsweise noch vorhanden. Wir haben also keine beachtenswerten Gold- und Devisenbestände mehr über dem Deckungsfuß. Wenn trotz des hohen Diskontfußes, des erhöhten Bankdiskonts, trotzdem noch weiter Gold und Devisen abgegeben werden müssen, muß bei einem Sinken des Währungsfußes von 40 auf 37 v. H. die Mindesthöhe des Diskontfußes 8 Proz., beim weiteren Sinken von 37 auf 35 8 1/2 und so fortlaufend bis zum Fall auf 24 1/2 bis 23 1/2 v. H. 12 1/2 Proz. sein. Unser ohnehin schon zu teures Geld ist bereits viel teurer geworden, und wird noch viel teurer werden, wenn die Dinge von der politischen Seite her weiter in Mißkredit gebracht werden.

Das Institut für Konjunkturforschung drückt sich dazu so aus: „Im Herbst 1929 und 1930, d. h. in Zeiten schlimmster Inflation, hat die Reichsbank in ihrer Diskontpolitik zu einem so drastischen Mittel, wie es eine Diskonterhöhung um gleich 2 Proz. darstellt, gegriffen.“

Diese Vorgänge sind Ausdruck einer übersteigerten Vertrauenskrise. Zum drittenmal im Verlauf des bisherigen Konjunkturabschwungs greifen damit Maßnahmen, die zur Sicherung des Währungssystems notwendig wurden, störend in den Wirtschaftsmechanismus ein. Erstmals geschah dies im Frühjahr 1929, als im Zusammenhang mit den Pariser Reparationsverhandlungen plötzlich Kreditrückziehungen, vornehmlich durch französische Banken, einsetzten; zum zweitenmal im Herbst 1930, als im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen die Kapitalflucht sprunghaft hervortrat.“

Und zum drittenmal, kann man hinzufügen, im Mai-Juni, als die deutsche Reaktion von der politischen Seite her ihre wilden Mäner vorstreckte und von Diktaturbestrebungen reden ließ. Den größten Anteil an diesem wilden Treiben mit seinen so verhängnisvollen Folgen für Deutschlands Währung und Wirtschaft haben die Reichsparteien. Und soweit Personen dabei in den Vordergrund traten, müssen Dr. Schacht, der ehemalige Reichsbankpräsident, und die Parteiführer Hugenberg und Hitler genannt werden. Ihre Reden richteten den Schaden mit an, den nun die deutsche Wirtschaft in Form schwererer Belastungen zu tragen hat. Für das Volk sind das Dresche auf den hungrigen Mägen.

Das Institut für Konjunkturforschung weist ja wissenschaftlich nach, daß es politische Begebenheiten waren, die die Kapitalflucht, das Zurückziehen der Anleihen und den Anschlag auf die Währung verursachten, worunter das ganze Volk zu leiden hat. Auf diese Weise ist festgestellt, wie katastrophal sich politische Vorgänge auf die Wirtschaft auswirken. Dumme provokatorische Redensarten eines politischen Parteiführers oder eines wildgewordenen Spielers hat stets das ganze Volk in Form von schweren Wirtschaftsverlusten zu büßen. Diese bittere Tatsache erbrachten die letzten Wochen wieder einmal zur Genüge.

Es bleibt doch nicht allein bei den 800 Millionen Reichsmark Reichsbankverlust, es muß ja die ungeheuer schwere Belastung der Diskonterhöhung und der weitere Abfluß von Auslandskapital in Rechnung gestellt werden. Die deutschen Wirtschaftszweige leiden im Verhältnis zu den Konkurrenzländern so schon außerordentlich schwer unter den teuren inländischen Geldverhältnissen, der Baumarkt ist infolge der teuren Werten dadurch sehr in Mitleidenschaft gezogen, und nun kommt anstatt der notwendigen Erleichterung eine neue stark fühlbare Last von der Geldseite, eine 40prozentige Geldverteuerung bei der Reichsbank. Wie stark das alle Wirtschaftszweige belastet, läßt sich ja denken. Dazu kommen noch die großen Kursverluste bei Aktien und Wertpapieren, die extra noch einen fühlbaren Schaden darstellen.

Noch ein solcher Streich und Deutschlands Staatsbankrott ist eine Tatsache; denn eine Inflation wie 1920 bis 1923 nimmt kein Mensch mehr hin.

Wir müssen uns als Arbeiter und Arbeiterinnen klar sein, die politischen Quertreiber stellen der bezeichneten Folgen wegen ihr trauriges Handwerk nicht etwa ein, sie schädigen weiter; denn sie verfolgen politische Zwecke. Sie stehen im Dienste der brutalsten Vertreter des Kapitalismus. Rache Verfall- und Geldinteressen sind die Triebfeder, und Profitgier sowie Herrschaftsbücheln und Größenwahn stehen Pate dabei. Die Katastrophe, der Zusammenbruch soll kommen, Gewalt soll

triumphieren und wieder „Ordnung“ schaffen und den Herrenmenschen die Herrschaft bringen. Das ist das Ziel, und das Volk soll sich dazu hergeben und mißbrauchen lassen.

Ein Erfolg der Volks- und Staatsverderber würde dahin führen, daß die noch einigermaßen im Gang befindliche Wirtschaftsmaschinerie einfach zerschlagen würde. Nach dem Zerschlagen müßte daran gegangen werden, eine neue zu bauen. Die Menschen müßten solange auf jegliches Einkommen verzichten, schließlich nur von der Luft leben, bis die neue Maschinerie wieder im Gang gebracht werden könnte. In der eingelegten Pause könnten ja die Menschen verhungern oder sich im fruchtlosen Bürgerkrieg einseitigen tötlichen Schlagen. Sollen die mit Vernunft ausgestatteten Arbeiter und Arbeiterinnen einem solchen Chaos zustimmen? — Das wäre doch ein Verbrechen an sich selbst.

Weil es nicht dahin kommen darf, deshalb wandten sich die Sozialdemokratische Partei von der politischen und die Gewerkschaften von der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Seite gegen den verruchten Ueberfall auf die deutsche Wirtschaft und den deutschen Staat. Sie gaben sich einfach nicht dazu her, mit den Schacht, Hugenberg- und Hitler-Leuten, zu denen sich wie gewöhnlich auch die Kommunisten gesellten, gemeinsam politische Handlungen zu verrichten. Die Ablehnung gemeinsamen politischen Handelns mit den Verderbern Deutschlands rettete tatsächlich den Staat und die Wirtschaft vor der Katastrophe. Unglück bleibt deswegen noch genug übrig, das war nicht zu verhindern, aber noch größeres Unglück ist durch die ablehnende Haltung der größten Arbeiterorganisationen für ganz Deutschland unzweifelhaft verhütet worden. Mit anderen Worten läßt sich das so sagen: Das Nichtmitmachen der Sozialdemokratischen Partei bei den Vorkäufen gegen Brüning und in der Sache Einberufung des Reichstages, die die Reichsparteien und Kommunisten erzielten, hatte zur Folge, daß das Ausland das Vertrauen zu Deutschland nicht völlig verlor, daß die noch halbwegs im Gang befindlichen Betriebe aller Wirtschaftszweige zum überwiegenden

Teil in den nächsten Wochen noch weiterlaufen, daß die noch, wenn auch vielfach kurz arbeitenden, Arbeiter und Arbeiterinnen in der nächsten Zeit weiter arbeiten und wenn auch eingeschränkten Lohn erhalten können. Ferner trug das Verhalten der Sozialdemokraten und Gewerkschaften dazu bei, daß die Arbeitslosen, Krisenunterstützten und Wohlfahrtsempfänger noch wenn auch nur spärliche Unterstützung weiter erhalten, daß Invaliden, Unfallbeschädigte, Kriegsverletzte und Hinterbliebene ihre wenn auch gekürzten Renten weiter ausbezahlt erhalten. Wäre nicht so gehandelt worden, wäre all das Genannte in Frage gestellt gewesen, und besonders das wertvolle Volk hätte Gewisses gegen völlig Ungewisses eintauschen müssen. Das Gewisse ist eben der gewöhnliche Spatz in der Hand und das Ungewisse die schöne aber nur besprochene Taube auf dem Dache. Das eine ist Wirklichkeit, das andere Versprochenes. Auf diese Weise parierte die Sozialdemokratische Partei durch ihre politische Entscheidung den Anschlag anderer politischer Richtungen auf Staat und Wirtschaft und bewirkte, daß die gefährlichen Folgen nicht noch schlimmer wirken konnten.

Damit ist wieder ein Anschlag der Reaktion abgefangen worden, wie schon einmal nach den Septemberwahlen 1930. Auf diese Weise müssen die Fehler, die Volkskrieger machen, die sich politisch mißbrauchen lassen, gebüßt werden. Die politische Unreise rächt sich böse.

Eine Katastrophe wurde diesmal verhütet. Das wird die Katastrophopolitik keineswegs von ihrem gefährlichen Tun abhalten, deshalb muß die Arbeiterschaft stets in Bereitschaft stehen und ihre Organisationen intakt halten.

Mit unserer Abwehr wollen wir erzielen, daß zu den folgenschweren Krisenwirkungen nicht auch noch andere Unglücks- und Katastrophewirkungen kommen, es drücken die einen schon hart genug. Das muß der Sinn der gegenwärtigen Politik der Arbeiter sein. Sie brauchen deshalb keines ihrer Ziele aufzugeben und auch nicht auf den Kampf gegen die Notverordnung verzichten.

Der ADBB. zur Lage

Der Bundesausschuß des ADBB. trat am 20. Juni zusammen, um Stellung zu nehmen zu den Ereignissen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands in der jüngsten Vergangenheit, und um die Forderungen zu bestimmen, die im Interesse der Arbeiterschaft auf Grund einer Prüfung der gegenwärtigen Lage von den Gewerkschaften erhoben werden müssen. Diese Forderungen sind in der folgenden einstimmig angenommenen Entschließung enthalten:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Überzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit; sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist.

Angeichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortwährenden umfangreichen Kündigungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Die Wirtschaftskrisis in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung oder für Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, z. B. für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Auslande kommen. Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verhinderung von

Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angeichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischen Gebieten ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Bewirkung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die seit herge nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sonderverträgen für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meißbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten, ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungefundete Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverlauf; nach ersten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insbesondere durch zielbewusste Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen gesetzlichen 40-tündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Der Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiterführen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

Berlin, den 20. Juni 1931.

Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter in der Arbeitslosenversicherung

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung enthielt ursprünglich keinerlei Sonderbestimmungen über die Arbeitslosenversicherung und Ansprüche der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter. Ihre Versicherungspflicht ergab sich aus § 69 des Gesetzes. Die zeitweilig strittige Frage, ob auch Hausgewerbetreibende, soweit sie Krankenversicherungs-pflichtig sind, der Arbeitslosenversicherung nicht unterliegen, war durch die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes Nr. 3841 (R.Vl. 1929, S. IV 98) in bejahendem Sinne entschieden worden. Es galten deshalb für die Ansprüche der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes.

Die Novelle vom 12. Oktober 1929 zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung änderte die Rechtslage in bezug auf Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende wesentlich. Es wurde ein § 75 c geschaffen mit folgendem Wortlaut:

„Versicherungsfrei ist die Tätigkeit von Zwischenmeistern, die nicht den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt kann mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Tätigkeit weiterer Gruppen von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern von der Versicherungspflicht befreien. Er kann ferner mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Versicherungspflicht von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die gemeinschaftlich arbeiten, abweichend von den sonstigen Bestimmungen dieses Gesetzes regeln.“

Eine positive Regelung sieht der Absatz 1 des § 75 c vor. Er bestimmt, daß die Tätigkeit von Zwischenmeistern versicherungsfrei ist. Damit zielt der § auf den § 18 des G.V.G. ab und schließt solche Zwischenmeister grundsätzlich von der Versicherungs-pflicht aus, die den überwiegenden Teil ihres Verdienstes nicht aus eigener Arbeit am Stück beziehen, und mehr als 3600 RM Einkommen im Jahre zu verzeichnen haben.

Nach § 75, Abs. 2, wurden dem Verwaltungsrat zwei verschiedene Ermächtigungen gegeben. Er kann weitere Gruppen von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern von der Versicherungs-pflicht befreien, und er kann auf die Arbeitsgemeinschaften eine von den sonstigen Bestimmungen des Gesetzes abweichende Regelung der Versicherungs-pflicht beschließen.

Neben dem § 75 c wurde durch die Novelle vom 12. Oktober 1929 dem G.V.G. noch folgender § 116 a eingefügt:

„Ueber die Arbeitslosenunterstützung für: 1. Personen, die unständig beschäftigt zu sein pflegen; 2. Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter kann der Verwaltungsrat der Reichsanstalt, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers Vorschriften erlassen, die von denen des § 87 bis 116 abweichen.“

Außerdem hat die Novelle vom 12. Oktober 1929 den § 206 a geschaffen, der folgenden Wortlaut hat:

„Unbeschadet der besonderen Bestimmungen, die nach diesem Gesetz für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter bestehen, gelten Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter im Sinne dieses Gesetzes als Arbeitnehmer.“

Die Verordnung über die Arbeitslosenversicherung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern vom 18. Oktober 1930 hat sich den § 116 a in Verbindung mit § 75 c zu eigen gemacht und bestimmt, daß arbeitslosenversicherungsfrei ist: 1. die Beschäftigung von Ehefrauen als Hausgewerbetreibende oder Heimarbeiterinnen, soweit durch diese Beschäftigung nicht mehr als 12,- RM wöchentlich verdient werden;

2. die Beschäftigung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die mehr als zwei familienangehörige Arbeitskräfte über 14 Jahre oder mehr als eine familienfremde Arbeitskraft als Hilfskräfte beschäftigen.

Weiter ist verordnet, daß für eine in der Gemeinschaft des Hausgewerbetreibenden oder Heimarbeiters lebende und arbeitende Person, die arbeitslos wird, die Arbeitslosenunterstützung verjagt werden kann.

Die Auswirkung der Verordnung vom 18. Oktober 1930 hat bereits Früchte gezeitigt, die wie folgt zusammengefaßt werden können: Noch größere Not und Entbehrung in der Hausindustrie wie in der Vergangenheit, rückständiger Lohnbruch in erhöhtem Maße, erhöhte Belastung des Wohlfahrtsrats der Gemeinden. Nunmehr verlangt die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931, daß der § 75 c, Abs. 2, G.V.G. folgende Fassung erhält:

„Im übrigen ist die Beschäftigung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern versicherungspflichtig, soweit der Verwaltungsrat der Reichsanstalt dies mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers anordnet.“

Die Bestimmung der Verordnung vom 5. Juni 1931 zum § 75 c, Abs. 2, G.V.G. ist dem Brauns-Gutachten entnommen und bedeutet die Herausnahme der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung. Während bis zur Verordnung vom 18. Oktober 1930 die Versicherungs-pflicht unbeschränkt und es da zwar beschränkt, aber für weite Teile des Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter immer noch bestand, sind jetzt Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter versicherungsfrei, soweit nicht die Versicherungs-pflicht angeordnet wird. Dieser Teil der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten tritt mit dem 1. November 1931 in Kraft, vorausgesetzt, daß vorher nichts anderes angeordnet wird.

Das ist der Erfolg der Sozialreaktion gegen die Heimarbeiter; das uneheliche Treiben einer Reihe Unternehmergruppen, deren Bestreben seit Jahren war, die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung zu verdrängen, um zu erreichen, von den Arbeitgeberanteilen befreit zu werden. Ihr Ziel haben die Unternehmer nicht erreicht; denn die zweite Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 bestimmt, daß auch Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter aus der Versicherung auscheiden, wenn vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt nichts anderes bestimmt wird, aber die Arbeitgeberanteile müssen weitergezahlt werden.

Da haben wir nun die Versicherung! „Das Kind ist in den Brunnen gestochen.“ Wird es erlauen? Wir leben in einer Zeit, in der Teile des Unternehmertums und urteilslose unvorsichtige Nachläufer mit dem wertvollsten Gut der Gesellschaft, der menschlichen Arbeitskraft, Schindluder treiben. Diesen Schändlingen in der kulturellen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Entwicklung der Menschheit müssen die Krallen des Unmenslichen abgehakt werden.

Uns graut vor der Auswirkung, wenn die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden. Wir warnen daher die Reichsanstalt vor völliger Herausnahme. Wir erwarten vielmehr, daß die Reichsanstalt von ihrem Recht in der Form Gebrauch macht, daß die ursprüngliche Versicherungs-pflicht der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter, wie sie vor der Novelle vom 12. Oktober 1929 war, wieder hergestellt wird.

S. Gllein.

In fast allen Industrien zeigt sich ein leichter Rückgang mit Ausnahme der Porzellanindustrie. Ob hier die Verschlechterungserscheinungen, die gegenüber der bisherigen günstigen Entwicklung besonders auffällig sind — Ende Dezember 1930 32,2 Proz., April 1931 27,8 Proz. Arbeitslose — nur eine zufällige ist, oder ob sie im Zuge der konjunkturellen Entwicklung dieser Industrie liegt, läßt sich nur schwer beantworten. Auch die Kurzarbeit ist in der Porzellanindustrie leicht gestiegen, ebenso auch in der Glas- und in der Papierindustrie, alles Anzeichen dafür, daß die Hoffnungen auf eine gründliche Besserung der Wirtschaftslage nur schwach begründet sind.

Am stärksten leidet immer noch die Wollstoff- und grobkeramische Industrie unter der Wirtschaftskrise. Ein Vergleich der prozentualen Arbeitslosenzahlen in den letzten fünf Jahren zeigt, wie sehr diese Saisonindustrie von der Konjunktur abhängig ist.

Von je 100 Verbandsmitgliedern in der Grobkeramischen- und Wollstoffindustrie waren arbeitslos:

	1927	1928	1929	1930	1931
Ende April	7,1	5,2	15,6	29,7	51,8
Ende Mai	4,8	3,8	7,1	24,5	44,6

In Anbetracht der schwierigen Lage auf dem Kapitalmarkt ist eine wesentliche Besserung in diesem Jahr kaum zu erwarten.

Der geographischen Verteilung nach ist die Arbeitslosigkeit am stärksten zurückgegangen in den mittel- und ostdeutschen Bezirken mit Ausnahme Schlesiens. Hier ist sogar noch eine leichte Steigerung eingetreten. Immer noch in Schlesien über 30 Proz. der Wollstoff- und Grobkeramischen Industrie arbeitslos. Ähnliche Verhältniszahlen der Arbeitslosigkeit für diese Gruppe wurde in den Bezirken Niedersachsen, Brandenburg, Ostpreußen, Preussisch-Sachsen, Thüringen, Württemberg, Hessen-Nassau und im rechten Rheinland festgestellt. Die niedrigste Verhältniszahl für Arbeitslose hat der Bezirk Südböhmen mit 17,8, die höchste Ostpreußen mit 37,1 Proz. Von den nord- und nordostdeutschen Bezirken liegen die meisten erheblich über dem Durchschnitt. So Brandenburg mit 35,8, Schlesien mit 36,7, Thüringen mit 30,8, Hessen-Nassau mit 30,4 Proz. Eine verhältnismäßig günstige Entwicklung weist das linke Rheinland mit 24,2 Proz. Arbeitslose auf.

Die Rettung: Fünftagewoche bei hohen Löhnen

Das Problem Verkürzung der Arbeitszeit bildet noch immer den wichtigsten Behandlungspunkt des internationalen Schrifttums. Man kann sich drehen und wenden wie man will: die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, sie kann nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit erfolgreich bekämpft werden. Allgemein muß diese Auffassung auch in unternehmerischen Kreisen finden. Recht interessant sind Strömungen, die man in den Vereinigten Staaten zu beobachten Gelegenheit hat. Der amerikanische Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ berichtet in Nr. 218 über die Fünftagearbeit in Amerika. Aus den aufschlußreichen Ausführungen heben wir folgendes hervor: Eine enorme, wenn auch vielfach nur scheinbare Geldflüssigkeit besteht, Ueberflüsse größten Stils an Getreide und Baumwolle, und dennoch Not! In irgendeiner Form muß dem Konsumenten mehr Kaufkraft zugeleitet werden. Was bleibt, als die eigenen Gewinne zu bescheiden? Sonst leiden auf die Dauer beide Teile. Die so sprechen, nehmen, nachdem sie sich von der ersten Ueberraschung erholt haben, mit Vergnügen das Argument auf, diese Darstellung sei schließlich nicht von den marxistischen Lehren verschieden: Die an der Maschine arbeiten, bekommen in der kapitalistischen Ordnung zu wenig, die Maschinenproduktionsmittel besitzen, zu viel. Akkumulation auf der einen, Kaufunfähigkeit auf der anderen Seite. Und daran geht die ganze Ordnung auf die Dauer zugrunde! Im ganzen, wird darauf erwidert, sind in der bisherigen Verfassung alle aufgestiegen. Die Möglichkeiten unseres Systems müssen nur richtig ausgenutzt werden: Fünftagewoche. Wird sie eingeführt, werden nicht nur mehr Leute da sein, die die Produktion verschleifen, sondern es wird auch erwartet, daß sie je mehr ausgeben, je mehr Ruhe sie genießen. Aber das alles steht das eine voraus, daß die Fünftagewoche ohne Lohnsenkung Wirklichkeit wird. In der Tat ist sich alles, wenigstens theoretisch, darüber klar, daß die Löhne in jedem Fall hochgehalten werden müssen wie bisher, wenn man das Ziel erreichen will.

Diese Beobachtungen des Berichterstatters des „Berliner Tageblatts“ bestätigen die Auffassung der Gewerkschaften über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung. Wenn man sich in den Vereinigten Staaten, wenigstens theoretisch, darüber klar ist, daß die Löhne hochgehalten werden müssen, so ist das nicht der Fall bei den europäischen Unternehmern. Im Gegenteil perherten diese die Auffassung von der Notwendigkeit niedriger Löhne. Ein solcher Lohnbruch oder die Nichtausgleichung herabgesetzter Arbeitszeit würde die Krise nur verschärfen. Die Gewerkschaften müssen in der ganzen Welt versuchen, kurze Arbeitszeit und hohe Einkommen auf einen Nenner zu bringen. Erstere ist durch die technische Entwicklung bedingt und letztere sind möglich durch die Bereicherung der Weltwirtschaft mittels Rohstoffüberfluß und größerer Ergiebigkeit menschlicher Arbeitskraft.

Die Volksfürsorge im 1. Quartal 1931

Der ungünstige Stand unserer Wirtschaft ließ Anfang des Jahres auch bei den Lebensversicherungsunternehmen nicht gerade großen Optimismus aufkommen. Die Volksfürsorge, die vornehmlich die kleine Lebensversicherung betreibt und den größten Teil ihrer Einnahmen aus den Reihen der Arbeitnehmererschaft erhält, besand sich in besonders schlechter Position, da gerade die Arbeitnehmererschaft unter der Wirtschaftskrise am stärksten zu leiden hat. Jetzt liegt das Geschäftsergebnis für das erste Quartal 1931 vor. Aus diesem Bericht entnehmen wir, daß das Versicherungsunternehmen der Arbeitnehmererschaft überraschend gut abschneiden konnte. Der Zugang an Neuanträgen befreit sich für diese Zeit auf 85 036 Anträge mit 37 308 697 RM Versicherungssumme. Das ist ein durchschnittliches Monatsresultat von über 28 000 Anträgen. Im Monat März konnten allein zum 32 000 neue Versicherungsanträge eingebracht werden, wenn man die Umstände in Betracht zieht, ein sehr beachtliches Resultat. Seit einiger Zeit hat die Volksfürsorge auch eine besondere Werbung entfaltet, um ihre Versicherten, die aus irgendwelchen Gründen die Prämienzahlung eingestellt haben, zur Wiederinanspruchnahme der Versicherung zu bewegen. Günstige Wiederinanspruchnahmebedingungen erleichtern diese Werbung. Das Ergebnis kann ebenfalls als gut bezeichnet werden. Es wurden im I. Quartal rund 8092 Wiederinanspruchnahmen vorgenommen.

In steigendem Maße bedient sich die Arbeiterchaft, wie diese Zahlen beweisen, zum Abschluß von Versicherungen der Volksfürsorge. Wir sagen wohl nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß der Ruf von der Solidität und großen Leistungsfähigkeit dieses Unternehmens in immer weitere Kreise bringt und zum Abschluß einer Versicherung anreißt.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband

Anfang Juni 1931

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung leitet ihren Bericht über die Arbeitsmarktlage in der zweiten Hälfte mit der Feststellung ein, daß die Entwicklung des Beschäftigungsgrades nicht ungunstig und daß die Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen sei. In der Tat, verglichen mit dem Vorjahre war die Arbeitsmarktentwicklung im Frühjahr 1931 nicht unweitentlich günstiger. Vom Höchststand der Arbeitslosigkeit Mitte Februar 1931 bis Ende Mai verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 924 000, hingegen in der gleichen Zeit des Vorjahres nur um 731 000, mithin im Jahre 1931 fast 200 000 mehr. Diese etwas günstigere Entwicklung kann als ein nicht ungunstiges Konjunktursymptom gewertet werden. Die Zahl der Arbeitslosen liegt aber mit 4 067 000 Ende Mai 1931 um 1 400 000 höher als im Vorjahre.

Die Schärfe der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird charakterisiert durch den Inhalt der zweiten Notverordnung vom 5. Juni, die neue ungeliebte Lasten auf die Schultern der breiten Massen wälzt. Die Antwort des Kapitals auf die Notverordnung war weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise. Kapitalflucht und Börsenpanik leitete sie ein. Binnen weniger Tage mußte die Deutsche Reichsbank 1 Milliarde Gold und ausländische Devisen für die Verteidigung der deutschen Währung opfern, mußte sie ihren Diskontsatz von 5 auf 7 Proz. erhöhen. Es ist dies die stärkste Erhöhung des Diskontsatzes in einem Zuge seit der Inflation. Mit der Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes haben sich auch gleichzeitig die Kreditzinsen der Banken um 2 Proz. erhöht. Die Vertenerung des Bankkredits zieht in der kapitalistischen Wirtschaft die Vertenerung der Produktion nach sich. Die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gegenüber den anderen kapitalreichen Ländern wie Frankreich, England, Schweiz, Vereinigte Staaten usw., in denen der Bankdiskont nur 1½ bis 2½ Proz. beträgt, hat sich jetzt stark verschlechtert; die deutsche Wirtschaftskrise erfährt dadurch eine außerordentliche Verschärfung.

Das Institut für Konjunkturforschung berichtet Anfang Juni die wahrscheinliche Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft recht pessimistisch. Inmitten waren trotz der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise schon einige leichte Silberstreifen am dunklen Horizont zu bemerken.

Der konjunkturelle Abschwung der Wirtschaftstätigkeit hat sich während der letzten Monate nicht mehr in gleicher Schärfe fortgesetzt wie vordem. Bei den Verbrauchsgüterindustrien trat, in Reaktion auf eine zum Teil sehr getriebene Bedarfsdeckerung, eine geringe Belebung auf. Der Rückgang in der Beschäftigung der Produktionsgüterindustrien hat sich verlangsamt. Auch am Arbeitsmarkt ist ein gewisser Lebenswandel eingetreten. Zwar ist die Arbeitslosigkeit nicht in dem außerordentlichen Maß gestiegen; der vordem vorhandene starke Zug zu weiterer konjunktureller Verschlechterung besteht aber nicht mehr in gleichem Grade.

Die Ueberleitungs eines bis dahin einseitigen Konjunkturausschwungs in eine Reihe von Einzelbewegungen kennzeichnet abwechselnd den Zeitpunkt, wo man es die Periode scharfer Produktionsrückgänge als überstanden betrachtet werden darf. Gegenwärtig sind aber durch die anhaltende Enge des Kapitalmarktes sowie durch die gespannte Lage der öffentlichen Wirtschaftslage hervorgerufen, die eine solche Diagnose nicht ohne weiteres zulassen. Dies gilt um so mehr, als die Exportmärkte der deutschen Industrie anhaltend schlecht sind, und die Umsätze auf erhöhte Kapitalintensität durch die Beanspruchung zu

der insbesondere die österreichische Bankenkrisis geführt hat, noch ungünstiger geworden sind.

Die Voraussetzungen für einen Aufschwung sind jedenfalls nicht gegeben. Produktion und Beschäftigung werden sich vielmehr im verbleibenden Teil des Jahres 1931 weiter depressiv (ungünstig) verhalten.

Seit dem Zeitpunkt, an dem das Institut für Konjunkturforschung diese pessimistische Prognose aufstellte, hat sich die wirtschaftliche und politische Gesamtlage Deutschlands noch weiter verschlechtert.

Die Arbeitsmarktentwicklung in den Industrien des Verbandes entspricht der allgemeinen Lage. Unsere Arbeitsmarktsituation konnte Anfang Juni ebenfalls einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit feststellen. Es erfaßte Ende Mai insgesamt 422 446 Mitglieder. Davon waren 122 949 oder 29,1 Proz. arbeitslos und 70 542 oder 16,6 Proz. arbeiteten verkürzt. Im Vormonat betragen die Verhältniszahlen für Vollarbeitslosen 21,0 und für Kurzarbeiter 16,8 Proz. Die Kurzarbeiter in Vollarbeitslose umgerechnet, waren Ende Mai 1931 nur 65,6 Proz. unserer Mitglieder voll beschäftigt gegen 78,6 Proz. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrien unseres Verbandes zeigen folgende Verhältniszahlen an:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende April		Ende Mai	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	32,0	27,1	31,0	28,4
In der Industrie:				
Gruppe:				
Papier	28,5	22,4	23,8	21,6
Werkzeugmittel	19,9	19,4	19,8	21,2
Spezial	22,7	31,1	24,8	23,9
Spielwaren usw.	48,2	39,7	43,5	47,1
Sonstige Industrien	39,6	35,3	38,5	40,4
Keramischer Hand insgesamt	45,1	32,2	42,8	30,1
a) Porzellan	31,3	22,0	27,8	21,6
b) Glas	41,3	38,9	40,7	35,6
c) Grobkeramik	52,2	47,9	51,8	45,0

Arbeitslos verkürzt:

	Ende April		Ende Mai	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	16,3	18,9	16,8	18,6
In der Industrie:				
Gruppe:				
Papier	23,9	21,2	23,3	22,7
Werkzeugmittel	20,8	24,6	21,6	21,4
Spielwaren usw.	14,2	6,8	12,4	15,7
Sonstige Industrien	26,9	26,3	26,5	22,1
Keramischer Hand insgesamt	8,9	7,1	8,5	11,9
a) Porzellan	12,9	21,2	14,4	12,7
b) Glas	30,0	29,0	29,7	30,1
c) Grobkeramik	10,1	13,0	19,5	10,7



Der Kampf der Glasarbeiterchaft

In diesem Jahr haben die Glasarbeiter zweimal vor großen Kämpfen gestanden. Wie in anderen Industriezweigen, so verlangten die Glasindustriellen in allen Branchen der gesamten Glasindustrie Lohnherabsetzungen, und bei ihrem Vorgehen schreckten sie vor keiner Kampfmaßnahme zurück. Einmütig war ihr Vorgehen, keine Herzsplitterung war zu finden. Weder kommunistische noch nationalsozialistische Industrielle lernten wir bei den Verhandlungen kennen, noch machten sich irgendwelche Gegensätze bei den Industriellen in der Aussprache geltend. Einige und geschloffen verlangten sie den Lohnabbau, und waren nur über die Höhe des Abzuges nicht ganz einer Anschauung. Während ein Teil den Abzug in beschränktem Umfang für möglich und notwendig hielt, verlangte ein anderer Teil den Abzug in einer Höhe, die unserer Kollegenschaft jede Lebensmöglichkeit genommen hätte. Diesen rücksichtslosen Vertretern des Kapitals scheint die teilweise vorhandene Unstimmigkeit der Kollegenschaft willkommen zu sein; sie glauben aus jeder Blüte bereits jezt Somig saugen zu können. Die Herren irren. Wenn auch scheinbare Gegensätze auf politischem Gebiet sich geltend machen, und Dittler oder Thälmann Erfolgsmöglichkeiten bei unserer Kollegenschaft sehen, so werden das nur immer Scheinerfolge bleiben. Die deutsche Glasarbeiterchaft ist im harten Kampf gestählt. Die Glasarbeiterchaft weiß aus jahrzehntelangen Kämpfen, daß die Industriellen niemals freiwillig irgendein Zugeständnis gemacht haben, und daß jeder Erfolg nur durch einiges Handeln erreicht werden konnte. Aus dieser Erkenntnis wird auch das Band innerer Solidarität und gemeinsamer Kollegialität in weit höherem Umfang Geltung finden als in jedem anderen Beruf. Die deutsche Glasarbeiterchaft weiß, daß die Einheit ihres Handelns den Erfolg verbürgt, und daß nur durch gemeinsames Wirken eine Besserstellung der Gesamtheit erreicht werden kann.

Unsere Vertreter bei den Lohnverhandlungen bebauern in außerordentlich hohem Maße, daß nicht jeder Lohnabbau zurüdgewiesen werden kann, aber sie verkennen auch nicht die Grenzen, die besonders in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges der Gewerkschaftsbewegung gezogen sind. Es ist leider eine nicht zu bestrittene Tatsache, daß der wirtschaftliche Niedergang für uns alle große Hemmnisse mit sich bringt, und die Kraft der Gewerkschaftsbewegung unter diesen Erscheinungen leidet. Von dieser Tatsache ausgehend haben nicht nur die Glasarbeiter, sondern die Arbeiter in allen Zweigen der gesamten Industrie vor der Entscheidung den Sachverhalt zu prüfen. Müßig und ruhig ist zu erwägen, was die Abhebung des Verhandlungsergebnisses für uns bringen würde. Wie oft hören wir die Stimmen, daß der Kampf den Erfolg bring-

gen würde, und durch den Streik die Lohnabläge oder andere Verschlechterungen zurückgewiesen werden könnten. Gemiß haben uns frühere Kämpfe manchen schönen Erfolg gebracht, aber leider wissen heute sehr viel Kollegen nicht, daß fast immer diese Erfolge sehr hohe Opfer erforderten. Mancher Kollege würde vor einem Kampf zurückschrecken, wenn von ihm so hohe Opfer gefordert würden, und dabei ist es nie gewiß, welchen Ausgang der Kampf nimmt. Allzu oft haben die Opfer den Erfolg überwogen. Und so sah es auf beiden Seiten aus. Mancher Industrielle wurde durch einen Kampf in den Abgrund geschleudert, ja selbst wenn der Kampf für ihn zu einem günstigen Abbruch führte. Wie oft haben Industrielle nach dem Schluß eines für sie günstigen Streiks erklärt: Noch einen solchen Erfolg und wir sind verloren. Bei einem zweiten Vorstoß haben die Arbeiter dann ihre Forderungen durchgesetzt, weil der Unternehmer sich vor einem zweiten „Erfolg“ fürchtete.

Alles das war aber nur dann möglich, wenn die Arbeiter sich ihre Geschlossenheit wahren und treue Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung blieben.

Die nationalsozialistischen SA-Männer wie die kommunistischen KPD-Leute preisen heute mit viel schönen Reden oder erheblichem Stimmenaufwand ihre scheinbar bessere Organisation an. Ach nein, wenn alle die Herrschaften Woche für Woche ihren Beitrag regelmäßig für eine Bewegung leisten wollten, wenn sie im Betrieb alle Gefahren des Lebens und der Existenz bringen sollten, dann würden sie vor diesen großen Opfern zurückschrecken. Der deutsche Gewerkschaftler erkennt in seiner Organisation ein Heiligtum, und er weiß ferner, daß er durch seine Organisation von Elapze zu Elapze geschützt ist. Die Arbeiterchaft hat anerkannt, daß sie durch die Kraft des Kapitals in ihrem Aufstieg gehindert wird. Die Arbeiterchaft will nicht dauernd zu den Enterbten und Reichlosen gehören; deshalb bringt sie die Opfer für die starke Gewerkschaftsbewegung.

Die Herzsplitterung hat in der Arbeiterchaft eingesezt; sie wird besonders von der intelligenten deutschen Glasarbeiterchaft zurückgewiesen werden. Wir wollen durch unsere Einheit und Geschlossenheit den weiteren Aufstieg ehen. Wir wollen nicht dauernd zu den Enterbten gehören, sondern wir werden weiter im harten Ringen unsere Gewerkschaftsbewegung zu einem starken Bollwerk machen, durch das wir für uns selbst und vornehmlich für unsere Jugend eine schönere Zukunft erobern können.

In diesem Sinne und in diesem Geist reden wir der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung das Wort. Dann, aber auch nur dann ist uns der Erfolg gewiß.

Nachklang zu Genf

Der Sachverständigenausschuß zur Untersuchung der Verhältnisse in der Glasindustrie, der am 20. und 21. Mai in Genf tagte, hatte eine sehr wichtige Frage zu lösen. In der mechanischen Fensterglasindustrie können die Maschinen am Sonntag nicht stillgelegt werden, wenn nicht eine große Betriebsförderung für einige Tage eintreten soll. Die Arbeiterchaft wird auf Grund dieser Tatsache gezwungen, 7 Tage in der Woche zu arbeiten. Die stündliche Arbeitszeit ist zur Regel geworden. Weder die Gewerkschaftsorganisation, noch die Arbeiter selbst wollen diesen Zustand dauernd erhalten. Aus diesem Grunde hat unsere Organisation seit der Umwälzung der handarbeitenden Fensterglasindustrie zur mechanischen Glasherstellung fortgesetzt auf Verkürzung der Arbeitszeit gedrängt. Diesem Streben haben die Industriellen den gleichen Widerstand entgegengesetzt.

Die Maschinen können nicht stillgelegt werden, wenn nicht die investierten Kapitalien verlorengehen sollen. Wir können mit dem Ausland nicht in Wettbewerb treten, wenn wir nicht am Sonntag arbeiten. Der Schmelzprozeß des Glases leidet unter der Stilllegung. Die teure Kohle wird unnötig verbrannt, wenn die Arbeit am Sonntag ruht. Alle diese Fragen wurden ins Feld geführt, wenn die Arbeiter oder deren Vertreter der Verkürzung der Arbeitszeit das Wort redeten und die Sonntagsruhe forderten. Dabei wurde ausdrücklich durch die Arbeiter darauf hingewiesen, daß es uns nicht allein darauf ankommt, die Sonntagsruhe zu erlangen, sondern daß wir darauf Wert legen, daß die Arbeiter nicht 56 Stunden wöchentlich arbeiten, sondern die Einstellung einer 4. Schicht deshalb fordern, weil wir die jetzige Arbeitszeit als zu lang und gesundheitsgefährdend empfinden und ferner es ganz unhaltbar ist, daß eine Arbeiterschaft dauernd 56 Stunden in der Woche arbeitet, wenn mehr als 4 1/2 Millionen Arbeiter allein in Deutschland von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Alle unsere Einwendungen wurden zurückgewiesen. Durch einen Kampf konnten unsere berechtigten Forderungen nicht durchgesetzt werden.

Da die Frage nicht nur für Deutschland, sondern für fast alle Länder mit mechanischer Fensterglasindustrie brennend ist, so mußten wir auf internationalem Wege deren Lösung anstreben. Dazu kam, daß Belgien und Frankreich für die mechanische Fensterglasindustrie das 4-Schichtensystem zu je 8 Stunden eingeführt haben, so daß nach jeder stündigen Arbeitsleistung eine 2stündige Ruhepause tritt und genau berechnet in der Woche eine 42stündige Arbeitszeit besteht. Die belgische und französische Glasindustrie führen aber mit der deutschen Glasindustrie einen Konkurrenzkampf, deshalb fällt der Einwand, daß Deutschland im Wettbewerb mit anderen Ländern unterliegen würde, von selbst.

Unsere Organisation hat in einer Reihe von Eingaben sowie in einer graphischen Darstellung dem internationalen Arbeitsamt unseren Standpunkt in aller Sachlichkeit und Objektivität unterbreitet und, nachdem wir mit dem Direktor des Internationalen Arbeitsamts bei seiner Anwesenheit in Berlin, später in Genf persönliche Rücksprache genommen hatten, hat der Verwaltungsrat die Einsetzung einer technischen Kommission beschlossen, die am 20. und 21. Mai in Genf tagte.

Die Aufgaben der technischen Kommission lagen in der Prüfung der umfangreichen Denkschrift, die die Leitung des Internationalen Arbeitsamts vorgelegt hatte. Mit größter Sachlichkeit hat die Kommission ihre Beratungen geführt. Sind die Arbeiter international organisiert, so sind es die Industriellen nicht minder; sie haben bei den Beratungen in Genf ihre internationale Verbundenheit immer wieder geltend gemacht und erklärt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 42 Stunden eine Forderung für alle anderen Industriezweige bringen würde, und daß die Folgen unüberschaubar wären.

Die Leitung des Internationalen Arbeitsamts blieb fest. Die Gründe, die die Vertreter der Arbeiter anführten, konnten nicht widerlegt werden. Wo Wille ist, da ist auch ein Weg, und dieser ist zu beschreiten, wenn es sich um das Wohl der Arbeiterklasse handelt. Wieviel Arbeiter können in der gesamten Glasindustrie neu einstellt werden, wenn wir das 4-Schichtensystem einführen, riefen sie aus; es können nur einige hundert vielleicht tausend Arbeiter sein, die dann Arbeit in der Glasindustrie finden.

Die Industriellen erklärten sogar, daß mit der Verringerung der jetzigen Arbeitszeit der Ruin der mechanischen Glasindustrie zu erwarten sei, und dann die Arbeitslosigkeit noch größere Formen annehmen werde.

Aber auch die Regierungsvertreter einer Anzahl von Ländern blieben fest und stimmten für die Auffassung der Arbeitervertreter. Mit 10 gegen 6 Stimmen wurde die bereits wieder-gegebene Resolution angenommen, nach der der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamts sich mit der weiteren Lösung dieser Frage zu beschäftigen hat. Die internationale Organisation der Unternehmer wird ihren Kampf gegen die Einführung des 4-Schichtensystems nicht aufgeben, sie werden das internationale Arbeitsamt in Genf weiter bestimmen und sich immer wieder gegen jede weitere Verkürzung der Arbeitszeit wenden. Aber auch wir werden nicht still sein, sondern werden die einmal eroberte Position mit allem Nachdruck zu verteidigen wissen.

Dokument der Kulturschande

Seit dem Bestehen der Glasindustrie ringen die Glasarbeiter aller Länder um eine ausreichende und regelmäßige Sonntagsruhe. Die Industriellen machten ihren Widerstand geltend und verweigerten die Sonntagsruhe mit der Begründung, daß der unregelmäßige Schmelzprozeß des Glases keine regelmäßige Arbeitszeit und damit auch keine reguläre Sonntagsruhe zulasse. Mit dem Fortschritt auf dem Gebiete der Feuerungstechnik wurde aber ein regelmäßiger Schmelzprozeß und damit eine regelmäßige tägliche Arbeitsweise erreicht, aber die Sonntagsruhe wurde jetzt mit der Begründung verweigert, daß die Kohle in gleicher Quantität verbraucht würde und deshalb die Sonntagsruhe nicht gewährt werden könne. Erst mit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung, und zwar vom Sommer 1900 an, haben sich die deutschen Glasarbeiter durch ihre Organisation die Sonntagsruhe erkämpft. Diesen Erfolg kann dem Verband der Glasarbeiter niemand strittig machen.

Im Zeichen der Nationalisierung und der technischen Entwicklung haben die Glasindustriellen wiederholt den Versuch unternommen, der Arbeiterchaft die Sonntagsruhe zu rauben. Es wurde erklärt, daß die Maschinen nicht stillgelegt werden können, wenn nicht bei der Wiederaufnahme der Arbeit eine

völlige Stodung eintreten soll. Wieder haben die Glasarbeiter an den Maschinenmaschinen kurze Zeit die Sonntagsarbeit ausgeführt, bis sie den Nachweis erbrachten, daß die Maschinen sehr wohl am Sonntag stillgelegt werden können und die Produktion in der Qualität nicht den geringsten Schaden erleide. Nach harten Auseinandersetzungen wurde die Sonntagsruhe gewährt. Die Organisation der Arbeiter hatte einen zweiten sehr beachtlichen Erfolg zu buchen.

Mit der Einführung der Maschine in der Fensterglasindustrie kam die Sonntagsarbeit für die an diesen Maschinen beschäftigten Arbeiter wieder zur Einführung. Es ist leider eine Tatsache, wenn die Fensterglasmaschinen am Montag nicht stillgelegt werden, daß die Betriebsweise am Montag nicht wieder ohne Störungen aufgenommen werden kann. Bei Betriebsstilllegungen dauert es immer einige Tage, ehe die Maschinen wieder laufen und oft vergeht eine volle Woche, ehe der Betrieb wieder regulär läuft. Unter diesen Umständen haben die Glasarbeiter die Sonntagsarbeit hingenommen, verlangen aber die Einführung des Vier-Schichtensystems, um damit zu einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden zu kommen.

Die Glasindustriellen lehnen den Humanitätsapostel heraus. Unser größter Gegner in der Vorkriegszeit war Herr Kommerzienrat Hehe in Gerresheim. Was Herr Hehe gegen die Gewerkschaften und besonders gegen den Verband der Glasarbeiter unternommen konnte, wurde unternommen. Ausgerechnet Herr Hehe ist nun Wohlfahrtsapostel geworden. Was die Fensterglasindustriellen vorläufig noch verweigern, will Herr Hehe großmütig gewähren. Herr Hehe will für seinen Betrieb das Vier-Schichtensystem einführen und verlangt damit, daß die Arbeiter ohne jede Unterbrechung auch am Sonntag arbeiten. Die Humanität des Herrn Hehe geht soweit, daß er erklärt, mit der Einführung des Vier-Schichtensystems würden rund 150 Arbeiter in seinem Betrieb mehr beschäftigt, und es würde so erheblich zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beitragen. Ach nein, verehrter Herr Kommerzienrat, Sie tragen durch die Verringerung der Sonntagsruhe und mit der Einführung des Vier-Schichtensystems zur Steigerung der Produktion und damit sehr bald zu einer größeren Arbeitslosigkeit bei.

Herr Hehe lief zum Gewerbe-Aufsichtsamt und verlangte auf Grund der Ausnahmebestimmungen für die Glasindustrie die Zustimmung zur Sonntagsarbeit. Der Gewerbeaufsichtsbeamte hat diese erteilt, ohne mit der Gewerkschaft sich in Verbindung zu setzen. Für das Gewerbeaufsichtsamt in Düsseldorf scheinen die Gewerkschaften nicht zu bestehen. Unser Einspruch fand keine Beachtung. Der Schlichter, der von der Firma angerufen wurde, fügte leider einen Spruch, der die Sonntagsarbeit vorschah und der auf Antrag der Firma Hehe, Gerresheim, für verbindlich erklärt wurde. Wir lassen das Dokument im vollen Wortlaut folgen:

Der Schlichter für den Bezirk Westfalen. Dortmund, den 4. Juni 1931. Süßwall 12.

Attz. II 75-31. K.

In der Gesamtschlichtung zwischen der Aktiengesellschaft der Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Ferd. Hehe in Düsseldorf-Gerresheim und 1. dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, Gau 16, Düsseldorf, 2. dem Zentralverband textil. Fabrik- und Transportarbeiter, Düsseldorf, wird der am 1. Mai 1931 gefällte Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Düsseldorf nach Artikel I, § 6 der Verordnung vom 30. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt I, S. 1043) auf Antrag der Firma für verbindlich erklärt.

Begründung

Die besondere Lage der Gerresheimer Glashüttenwerke, A.-G., rechtfertigt die Verbindlichkeitsklärung des obigen Schiedsspruches. Die Verhandlungen haben ergeben, daß aus technischen Gründen schon jetzt fast täglich Sonntags in wesentlicher Weise gearbeitet werden muß, und daß eine erhebliche Zunahme der Sonntagsarbeit durch die Neuregelung nicht erfolgt. Es erscheint daher angebracht, bei dieser ganz ausnahmsweise liegenden Verhältnissen eine geordnete Form der Sonntagsarbeit an Stelle der ungerichteten einzuführen. Mit dieser Regelung ist außerdem eine Herabsetzung der Gesamtarbeitszeit der Arbeiter von 48 auf 42 Stunden mit wesentlichem Lohnausgleich verbunden.

(Stempel.)

gez.: S r a h n.

Der Spruch bringt eine größere Produktion; denn darauf kommt es der Firma an. Mit der Steigerung der Produktion werden aber keine neuen Arbeitsgebiete erschlossen. Die Lager werden weiter gefüllt, und eines schönen Tages verlangt derselbe Herr Kommerzienrat Hehe die Stilllegung, weil die Lager überfüllt sind. Das sind die humanen Forderungen der Firma Hehe in Gerresheim, der sich die Gewerbeinspektion Düsseldorf willig angegeschlossen hat. Leider auch teilweise andere interpellierte Behörden wie Reichsarbeitsministerium und Preussisches Handelsministerium. Trotz des Schiedsspruches sind erneute Beschwerden eingebracht worden.

Die Arbeiter aber werden nicht ruhen; Herrn Kommerzienrat Hehe in Gerresheim wird sehr bald gezeigt werden, daß die Arbeiterchaft ein mitbestimmender Faktor im Produktionsprozeß ist; und die Sonntagsruhe wird der Arbeiterchaft im vollen Umfang wieder gewährt werden müssen.



Der gegenwärtige Stand der Dinge in der Porzellanindustrie

In der vorigen Nummer unserer Zeitung haben wir den auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes für die Deutsche Keramische Industrie in vielen Betrieben bekanntgemachten Ausschuss veröffentlicht. Allerdings können wir feststellen, daß nur in etwa drei Duzend der rund dreihundert Werke dieses Laborat würdig befunden worden ist, der Belegschaft bekanntgemacht zu werden. Einige Betriebe haben es vorgezogen, bei der bisher bewährten Taktik zu bleiben und nur die Stückpreise anzukündigen mit Angebot neuer Stückpreise. Ueber die Frage der Urlaubsgewährung schweigt man sich teils aus, teils bietet man der Arbeiterchaft einen gewissen Zeilurlaub vorläufig an. Einzelne Unternehmer lassen dabei durchblicken, daß ja doch bald wieder ein Vertrag kommen muß, und daß man dann den Rest des Urlaubs bzw. die Entschädigung gewähren wird. Andere Unternehmer haben ihrer Belegschaft wissen lassen, daß sie überhaupt nichts unternehmen wollen, da ja doch über kurz oder lang ein neuer Vertrag zustande kommen müsse.

Das Vorgehen im Unternehmerlager ist also recht uneinheitlich. Ein großer Teil der Unternehmer ist anscheinend bestrebt, zu vermeiden, unnötigen Konfliktstoff anzuhäufen, und überläßt es den anderen, die Unternehmerpolitik aktiv in den Betrieben durchzuführen.

Einzelne Betriebsleitungen allerdings wittern Morgenluft; vor allen Dingen dort, wo unsere Kollegen den Wert der Organisation nicht richtig erkannt haben. So hat sich beispielsweise die Betriebsleitung in Taubenbach, ohne daran zu denken, daß die Arbeitszeitverordnung immer noch zu recht

besteht, den Scherz geleistet, ihrer Belegschaft mitzuteilen, nunmehr müsse länger gearbeitet werden. Auch die Urlaubsfrage hat es den Herrschaften angetan. Drei bis vier Tage Urlaub bezeichnet man für die Porzellanler als genügend.

Besonders hat man es auf die Löhne abgesehen. Nicht nur da, wo bisher noch die Möglichkeit bestand, etwas über den niedrigen Tariflohn zu verdienen, wird jetzt versucht, die Stückpreise zu drücken. Auch dort, wo die Akkordbasis bisher der Höchstverdienst war, wird versucht, ohne Rücksicht darauf, daß heute schon ein Teil unter der Akkordbasis bleibt, die Akkordpreise weiter herabzusetzen. Auf einmal hat man in vielen Betrieben die Entbedung gemacht, daß man es in der Hauptfache mit minder leistungsfähigen Kräften zu tun hat, die überhaupt kein Recht haben, die Basis zu verdienen. Die Kollegen können daraus ersehen, daß es ihnen gar nichts nützt, wenn sie in der vergangenen Zeit den Forderungen der Betriebsleitung gegenüber nachgiebig gewesen sind, und ihre tariflichen Rechte nicht energig genug verteidigt haben.

Wenn die Kollegenschaft sich nicht aufrafft, sich nicht zusammenschließt und ihre Rechte verteidigt, so werden die Unternehmer ihr freies Spiel beginnen, ganz gleich, ob wir einen Tarifvertrag haben oder nicht. Gerade die Tatsache, daß man auch auf Unternehmensebene weiß, wie nachlässig in manchen Betrieben die Rechte des Tarifvertrages wahrgenommen werden, ist die Ursache, daß unparteiische Regierungsvertreter glauben, solche Rechte zugunsten der Arbeitgeber abzubauen zu können. Darunter müssen unsere Kollegen auch dort leiden, wo sie es verstanden haben, die ihnen zustehenden Rechte

energisch durchzuführen. Das muß in Zukunft ganz anders werden. Dazu ist es notwendig, den Organisationsgedanken auch dort hineinzufragen, wo man aus Notlosigkeit, Gleichgültigkeit oder sogar aus Feindschaft gegen die Organisation bisher heillos gestanden hat. Niemals braucht die Arbeiterschaft ihre Organisation nötiger als in einer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs. Wenn das die noch abseits stehenden Arbeiter in der feinkeramischen Industrie erkennen, so wird sich die gegenwärtige Bewegung zum Nutzen für die gesamte Kollegenchaft auswirken.

Wir werden wieder zu einem Tarifverhältnis kommen müssen. Das sieht man auch in weiten Kreisen der Unternehmern ein. Der neue Tarifvertrag wird nicht nur ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage sein, sondern in ihm wird sich auch der organisatorische Zusammenhalt der Porzellaner widerspiegeln müssen. Benutzt daher die gegenwärtige Zeit und klärt die Unorganisierten auf. Zeigt ihnen an der Hand der von den Unternehmern gestellten Forderungen, was sie zu erwarten haben, wenn der Widerstand auf Arbeitnehmerseite infolge schlechter Organisation lahmgelegt ist. Gerade die gegenwärtige Zeit beweist, wie dumm die Nebensart ist, ich brauche nicht organisiert zu sein; ich bekomme doch das, was im Tarifvertrag steht. Die Tarifverträge werden nicht durch einzelne beauftragte Kollegen kurzfristiger oder ungenügender gestellt, sondern die Einstellung der Belegschaften in den Betrieben beeinflusst das Aussehen der Verträge. Dessen müssen sich alle unsere Kollegen bewusst werden.

Kollege Greiner ein Vorbild

Die freien Gewerkschaften gehören in Deutschland zu den Organisationen, die in dieser bewegten Zeit einen festen Rückhalt für die Arbeiterschaft darstellen und eine bewundernswürdige Stabilität aufweisen. Ihre Gegner wundern sich darüber, weil sie die Gründe nicht zu erforschen vermögen, die als „Mitt“ in der Gewerkschaftsbewegung wirken. Dieser „Mitt“ sind: Treue, Erkenntnis, Pflichtbewußtsein, Opferwilligkeit, Anerkennung der selbstgegebenen Gesetze, Kampfeswille und einheitliches Wollen. Die Bestätigung dafür ist uns der Kollege Karl Greiner, von Beruf Porzellanmaler in Oberhofau, geboren in Schmalenbuche bei Neuhaus am Rennweg, der am 26. Juni seinen 75. Geburtstag feiert. Seit 1878 ist Kollege Greiner ununterbrochen gewerkschaftlich organisiert. Er gehörte er — weil eine freigewerkschaftliche Organisation seinerzeit nicht bestand — dem Tisch- und Drechselgewerbeverein, dann in der Zeit der Malerverbände nebenher noch einem Malerverband an und trat dann bei Gründung des freien Porzellanarbeiterverbandes diesem als Mitglied bei, hatte die verschiedensten Funktionen inne und wirkte in den letzten Jahren in Oberhofau als Unterlassierer. Als fünfundsechzigjähriger, als Vertreter der Zahlstelle, sammelt er pflanzlich die Beiträge für den Verband, läuft treppauf treppab-Woche für Woche, munter auf, spricht Mut zu und tut Dienst für die große Idee der Arbeiter. Er hält das für seine Pflicht, die er in der verschiedensten Form seit 1878 erfüllt. Altersbedingte werden müssen zurücktreten, die kennt er nicht, die Großen für den Verband sammeln, damit dieser die sozialen Nöte der von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Todesfall, Invalidität heimgesuchten Mitglieder bzw. ihrer Angehörigen mit Unterstützung Lindern und Streikenden sowie Gemäßigten Gelder auszahlen kann, das ist ihm viel wichtiger. Kollege Greiner ist nunmehr ein leuchtendes Vorbild. Aus diesem Volke sind die geschichtl. die die Gründung der freien Gewerkschaften erkämpften und zu ihrer Aufwärtsentwicklung in vier Jahrzehnten beitrugen, und die jetzt in der Bedrängnis im höchsten Alter nicht nur frei zur Fahne halten, sondern die handelnd weiter mitwirken. Kollege Greiner verdient, daß er zu seinem 75. Geburtstag auf diese Weise geehrt, und daß ihm und seiner

lieben Frau auch zu ihrem 50jährigen Ehejubiläum gratuliert wird. Möge es ihm vergönnt sein, daß er noch weiterhin in voller Mäßigkeit seine freiwillig übernommenen Gewerkschaftspflichten erfüllt; er zeigt damit der Jugend, mit welchem Eifer einer gerechten Sache gedient werden muß, wenn sie dem Wohle der Arbeiterschaft förderlich sein soll.

Tischgeschloßwafel

Der für die Porzellanindustrie der Tschechoslowakei ausschlaggebende Export ist durch die Weltkrise auf eine tiefe Senke gefallen. Die seit der Deflationskrise nicht zu verzeigende war. Die Halbierung des Exportes hat eine schwere Krise bewirkt, deren Folgen Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit sind, wobei die Fabriken trotzdem mit Verlust arbeiten. Dabei haben sich die Exportpreise ziemlich stetig erholten; sie sind in der Tschechoslowakei nur um 4 Proz. gesunken, in Deutschland im ganzen behauptet geblieben. Gewaltig gefallen ist jedoch der Mengenbedarf, dies hat im ersten Vierteljahr zu einer Verminderung der Ausfuhr gegenüber derselben Zeit des Vorjahres von 66 auf 41 Millionen tschechische Kronen oder um 37 Prozent geführt. Der Rückgang der Ausfuhr trifft mit ähnlich hohen Prozentzahlen auch Deutschland, Frankreich und England. Die Einfuhr ist aber in Frankreich gestiegen, das seinen Ausfuhrüberschuss mehr aufweist. Das Ergebnis dieser Tatsache ist, daß Frankreich von der Tschechoslowakei Aufhebung der Bindung seiner Porzellanabfälle verlangt, also Sperrzölle einführen will, was die Vernichtung der tschechoslowakischen Porzellanabfälle nach Frankreich (1930 21 Mill.) bedeuten würde. Das mit dem 1. Mai geschlossene Vertriebsverhältnis der tschechoslowakischen Porzellanfabriken hat sich in seinem einmonatigen Bestand bewährt. Es ist eine gewisse Konsolidierung der Preisverhältnisse eingetreten, da die vereinbarten Zahlungs- und Kreditkonditionen eingehalten werden.

Preisverhältnisse der Porzellanindustrie

Die Verhandlungen zur Bildung eines Inlandspreisartikels der tschechoslowakischen Porzellanindustrie, die in Karlsbad geführt wurden, sind nach Zeitungsmeldungen abgeschlossen worden. 95 Prozent der tschechoslowakischen Porzellanindustrie einigen sich auf ein Preisabkommen, das ab 1. Juni 1931 in Kraft tritt. Der Verkauf von Weiß- und Dekorware wird auch in Zukunft direkt ab Fabrik erfolgen, wogegen eine Kontrollstelle, die „Omnia“, S. m. b. H., Prag, durch eine in Karlsbad zu errichtende Filiale das gesamte Anstalts übernimmt. Eine Kontingentierung der Erzeugung ist nicht vorgesehen. Kapazitätserweiterungen, die an sich durch die ungünstige Geschäftslage kaum zu gewärtigen sind, sollen jedoch unterbleiben. Mit Rücksicht darauf, daß infolge der scharfen Konkurrenz die Inlandpreise gerade während der letzten Wochen neuerlich Rückgänge aufwiesen, werden die neuen Kartellpreise derart festgesetzt, daß diese den noch vor einigen Wochen in Geltung gebliebenen Preisen entsprechen, mithin ein wenig erhöht werden. Die Aussichten für das Zustandekommen eines Exportartikels werden in der Tschechoslowakei weiterhin ungünstig beurteilt. Die übereinstimmende Ansicht geht dahin, daß ohne Einigung mit der deutschen Porzellanindustrie eine Exportregelung unwirksam wäre, mit dieser aber angesichts des Widerstandes der Deutschen bei den letzten Besprechungen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei.

Errichtung einer Steingutfabrik

Ein belgischer Konzern, der bereits in Mons (Belgien) eine große Steingutfabrik errichtet hat, beabsichtigt im „Nieuw-Landischen Wald“ bei Soer van Duund eine Ziegelfabrik zu eröffnen. Ungefähr 800 Arbeiter sollen in diesem Betriebe Beschäftigung finden können. Eine ehemalige Exportschleiferei wird zu diesem Zwecke umgebaut werden. In einigen Monaten beabsichtigt man, mit der Produktion zu beginnen. Ob in einer Zeit der Krise, in der in einer Anzahl Staaten Fabriken stillstehen und kurzarbeitslos, ein neues Werk lebensfähig werden kann, ist sehr fraglich.

leiter ja immer „so schön“ fertig wurde. Durch den Vorwand, Korffmel habe Gewerkschaftsmitglieder „Gelbe“ genannt, stellte Glanz eine eigene Vorschlagsliste auf. Korffmel hatte aber schon mehrere Jahre vorher gleichfalls auf der gemeinsamen Liste gestanden, wo nicht die geringsten Differenzen entstanden wären. Auf einmal wurde ihm etwas angehängt, was vollkommen erfunden war. Solange wie nicht der Beweis für die Angabung erbracht wird, ist sie unwahr. Es ist auch sonderbar, wenn geschrieben wird, daß der Bezirksleiter Sch. im vollen Einverständnis mit Glanz gehandelt hat. Er hatte unserem Geschäftsführer wiederholt erklärt, er wüßte von dem Vorgehen Glanz nichts und bedauere die Verletzung; in dem Artikel ist das Gegenteil festgestellt. Entweder heuchelt der Bezirksleiter Sch. oder schwindelt auch hier der Artikel-schreiber. Im weiteren wird das Wahlergebnis so hingestellt, als wenn die Wahl ohne jede Beeinflussung und normal durchgeführt sei. Mit vollem Recht sagen wir hier nochmals, daß es Terrorwahlen waren. Es ist doch wirklich von der Betriebsleitung und anderen Vorgesetzten auf manchen unserer Kollegen ein Druck ausgeübt, sich von unserer Liste freizulassen oder Liste Glanz & Co. zu wählen. Wenn Glanz auch dieses bestreiten will, so ist er nicht wert, noch geachtet zu werden. Wir bringen drastische Beweise für unsere Behauptungen; daran mangelt es nicht. Wir sind auch nicht erbost darüber, daß sich die Hitzige erdreißelt haben, sich in einer Zeit schlimmster Wirtschaftskontur mit Hilfe des Unternehmers die Mehrheit mit einem Mandat im Arbeiterrat zu verschaffen. Wenn das ein Sieg sein soll, so wäre dies wirklich bezeichnend für die geistige Einstellung der Funktionäre des H. D. Gewerkschafts. Wir werden allerdings die Augen offen halten. Ueber die Vertretung der Arbeiterinteressen seitens Glanz wollen wir Schweigen, empfehlen aber dem Gewerkschaftsverein, seine Funktionäre, u. a. Glanz, im Arbeitsrecht zu schulen. Wenn Glanz noch nicht einmal die wesentlichen Paragraphen des WAG betr. Wahlverfahren kennt, wie soll es dann erst mit der Anwendung der übrigen Bestimmungen des WAG, im Interesse der Belegschaft aussehen. Schon mehrere Male, besonders aber in einem trassen Fall W. hätte er sich wegen vollkommener Unkenntnis und Unfähigkeit schadenhaftig gemacht, wenn unsere Kollegen nicht vollständig genug gewesen wären. Vielleicht sieht er sich jetzt besser vor. Wir werden uns auch mit der Läßlichkeit des Glanz, wenn notwendig, noch weiter und eingehender befassen. Für unsere Kollegen und Kolleginnen gilt es, Obacht zu geben, was Glanz & Co. spricht und wie er handelt. Sein Verhalten muß Ansporn zur Werbung für unsere Organisation sein. Sorge jeder dafür, daß der Fabrikarbeiterverband weiter gestärkt werde!

Schlesische Portland-Zement gerüstet

Seit Jahren verlangt und erhält die Zementindustrie für ihre Produkte ungerührt hohe Preise. Sie kann das, weil die Konkurrenz durch den hohen Kräfteanteil am Gesamtprodukt beschränkt ist und weil sich die Industrie überall zu Syndikaten zusammengeschlossen hat. Immer wieder aber entstehen durch den Anreiz der hohen Preise neue Werke, Außenleiter der Syndikate, die von diesen meistens aufgelöst (und stillgelegt) werden. Natürlich werden die Kapitalisten dafür immer neu in die Selbstkostenrechnung eingestellt. Die Krise hat die Beschäftigung der Zementwerke so stark gesenkt, daß die Konkurrenz der Außenleiter immer unangenehmer wird, daß einzelne Syndikatsmitglieder glauben, in offenem Konkurrenzkampf Vorteile für sich herauszuholen.

Die Schlesische Portland-Zement-Industrie A.-G., Oppeln (Schultheiß-Ostwerke-Konzern) ist auf den kommenden Kampf um den Markt glänzend gerüstet. Schulden nur in Höhe von 12 Millionen Reichsmark bei etwa 27 Millionen Kapital, starke offene und stille Reserven; selbst die Beteiligungen mit 7 Millionen Reichsmark sind niedriger als der Kurswert von Dezember 1920 bewertet. Im Jahre 1930 ist der Absatz mengenmäßig um ein Drittel gegen 1929 zurückgegangen; wertmäßig aber war der Rückgang stärker, da die Preise um 10 Prozent gesunken sind. Über der Bruttogewinn ist nur von 10,2 auf 8,3 Millionen zurückgegangen; und nach erheblichen Sonderabschreibungen kann man immer noch 8 Prozent (im Vorjahr 12 Prozent) Dividende verteilen.

Im Geschäftsbericht wird auseinandergesetzt, wieviel mehr der Konsument an gleichbleibender Qualität als an niedrigen Preisen interessiert sei; man darf das wohl als Eingeständnis für die Ueberhöhung der Preise ansehen. Dann wird ein Loblied auf die Plantwirtschaft gesungen, freilich nur auf die der Syndikate. Man erzählt auch, daß die Verluste beim deutschen Zementexport jährlich 30 Millionen Reichsmark betragen. Wieder ein Geschenk ans Ausland auf Kosten der inländischen Verbraucher, ein Erfolg der Syndikatspolitik, die zu einer jinnlosen Ausbeutung der Anlagen geführt hat.

Wie sinnlos in die deutsche Zementindustrie Kapital hineingesteckt wird, zeigt der Geschäftsbericht für 1930 der Portland-Zementwerk Saxonica A.-G. Noch im vorhergehenden Jahr sind erhebliche Summen für die Erweiterung der Anlagen auszugeben worden, ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsmöglichkeit. Tatsächlich wurde das Werk im Oktober 1930 stillgelegt; seit Mitte April 1931 arbeitet es wieder. Der Gesamtabsatz war um 20 Prozent niedriger als im Vorjahr, trotz erweiterter Anlagen. Gleichwohl wird für 1930 eine Dividende von 5 (Vorjahr 10) Prozent auf das Kapital von 1,5 Millionen Reichsmark verteilt. — Nirgends zeigt sich die fehlerhafte Wirtschaftsführung des Kapitalismus so grotesk wie in der Zementindustrie.

Abrechnung der Hauptkasse für das 1. Quartal 1931

Einnahmen:		
Hauptkasse	2 673 359,13 RM	RM
Zahlstellen	322 780,43 RM	2 996 139,56
Beiträgen		3 915 689,85
Extrabeiträgen		6 950,—
Extrabeiträgen der Angestellten		18 987,16
Wahrgelagert von den Zahlstellen		279 062,19
Einzelmitgliedern		26,88
Ersparbüchern und Karten		856,—
Büchern und Broschüren		5 260,96
Bürobedarf		2 105,63
Proletariat		218,66
Film		301,47
Zurückgezahlten Unterstühtungen		209 663,28
Kraftwagen		18 806,93
Zurückgezahlten Beiträgen		1 529,14
Beihilfen der Zahlstellen zur Sonderunterstützung		4 137,98
Sonstigen Einnahmen		12 200,—
Aus dem Vermögensbestand		1 591,42
Beiträgen zur Unterstühtungskasse		25 801,59
		11 931,85
Summa:		7 511 199,88



Allgemeinverbindlich erklärt

Der Reichsarbeitsminister
III. Nr. 750/239 Tar. Berlin NW 40, den 10. Juni 1931.
Scharnhorststr. 35. Fernspr.-Samml.-Nr. D 1, Norden 0011.

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Entscheidung.

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928, I, S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Bayerischer Lonindustrie-Verband, e. V., München;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 9, Nürnberg, und Gau 10, München; Gewerbeverein Deutsch. Ziegler, Gau Bayern, München.
- II. Angenommener Schiedsgericht vom 2. März 1931 über Weitergeltung und Aenderung des Tarifvertrages vom 11. August 1927 nebst Protokollanteileilung und Ausführungsbestimmungen (Protokollanteileilung und Ausführungsbestimmungen) sowie über Aufhebung der Abgabe.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Gewerbliche Arbeiter und Handwerker in Ziegeleien, Schmelzstein-, Leichtstein- und Schlackensteinwerken sowie Tongruben, soweit diese nicht dem Bergbau zuzurechnen sind.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Bayern, rechts des Rheins.

V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Abschnitte X und XI des Tarifvertrages vom 11. August 1927.

VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juni 1931.

VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag (Schiedsgericht).

Im Auftrage: gez.: Dr. Baje.

(Stempel.) Reichsarbeitsministerium.

Eingetragen am 13. Juni 1931 auf Blatt 9970, Iff. Nr. 32 des Tarifregisters.

Der Registerführer: gez.: Raucher.

Glanz im „Glanz“

In der Nr. 10 vom 21. Mai 1931 des Gewerkschaftsorganes H. D. wird ein Artikel losgelassen, welcher von Schmierjulen und sonstigen Bedachtigungen spricht. Mit diesem Artikel sollen wahrheitsgemäß die Schandtatzen verurteilt werden, die Funktionäre des Gewerkschafts auf sich haben, wie also einmal von uns öffentlich gebrandmarkt werden mußten. Es klingt wie ein großer Sieg, den die Hitzige bei der Betriebsleitung der Neudener Ziegelei errungen haben. Das ist jedoch nicht so. Es wird bemerkt, daß man unseren Kollegen in lokaler Weise in früheren Jahren die Mehrheit im Betriebsrat überlassen hat. Dies klingt wie Ueberhebung und so, als ob in den früheren Jahren die Mehrheit der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder gewesen seien. Vielleicht ist Glanz einmal ehrlich und denkt zurück: H. auf eine Arbeiterrolle im Betrieb im Jahre 1929. Beschäftigt waren 23 Arbeiter und Arbeiterinnen. Davon organisiert in unserem Verband 23, in anderen freien Gewerkschaften 2, zusammen also 25 freie gewerkschaftliche Mitglieder; im Gewerkschaftsorgan H. D. waren 6 Mitglieder organisiert, der Rest war nicht organisiert. Das Organisationsverhältnis in anderen Jahren war ähnlich so wie 1929. Glanz war bei allen Hindernissen selbst dabei. Eine Berechtigung zur besonderen Nachprüfung über die Organisationsverhältnisse bei der Betriebsratswahl lag also nicht vor; denn die Organisationsstärke

hat. Wenn der Artikelschreiber seinen Zweifel weiter ausbreitet, erhält, ist dies eine bewusste Lüge. Gleich wie in anderen Jahren hat auch in diesem Jahre unser Geschäftsleiter nicht den Vorschlag gemacht, eine gemeinsame Betriebsratsliste aufzustellen; er hat aber einer gemeinsamen Liste nicht widersprochen. In einer Tarifkommissionssitzung am 23. Februar 1931 schied sich Glanz am Schluß aus der Betriebsratswahl in den Neudener Ziegeleien aus. Er selber schlug vor, wieder eine gemeinsame Vorschlagsliste aufzustellen. Dem wurde nicht widersprochen. Dabei sagte er u. a.: „Wir haben doch immer gut zusammen gearbeitet.“ Wenn auf einmal im Gewerkschaftsorgan von Terror durch die Verbändler (gemeint sind unsere Kollegen) geschrieben wird, so ist auch damit wieder die Ungenüchtigkeit des Glanz festgestellt. Die ganze Sache wäre auch in diesem Jahre gut gegangen, wenn nicht nach der fraglichen Sitzung auch der Betriebsleiter des Werkes an die Betriebsratswahl gedacht hätte. Bekannt ist, daß unser Kollege Korffmel als Betriebsratsvorsitzender bei der Betriebsratswahl infolge seiner rührigen und erfolgreichen Tätigkeit nicht gut ausgehen war. Da der Betrieb fast vollständig stillgelegt war, glaubte man, es wäre günstige Gelegenheit, ihn bei der Betriebsratswahl zu beeinträchtigen. Selungen ist es den Herrschaften nicht. Um aber den Versuch zu machen, brauchte man die indirekte Hilfe von Glanz, mit dem der Betriebs-

Ausgaben:

Table with 2 columns: Description of expenses (e.g., 'Ber Erwerbslosenunterstützung', 'Invalidenunterstützung') and Amount (e.g., '4 150,90', '2 163 250,84'). Total sum: 7511 199,88.

Hannover, den 16. Juni 1931.
gez.: Carl Thiemig, Vorsitzender.
gez.: Carl Möller, 1. Kass., Otto Stawitzki, 2. Kass.
C. Gremmel, R. Stolle, H. Löbermann, Revisoren.

Verbandstagsdiskussion

Selb. Entschließung

Die letzte aufbesuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Selbst des Fabrikarbeiterverbandes behandelte unter anderem auch die Anträge zum Verbandstag in Würdigen.

Die versammelten Kollegen und Kolleginnen erkennen an daß der Verband der Fabrikarbeiter in dieser Wirtschaftskrise Großes geleistet hat und zur Überwindung der Krise noch Großes leisten wird. Es ist daher dringend erforderlich, der Hauptkassse die notwendigen Mittel zuzuführen.

Trotzdem kann die Versammlung nicht für die Anträge des Hauptvorstandes eintreten; da dieselben eine ganz wesentliche Unterstützungskürzung bringen würden. Die Mitglieder können es nicht verstehen, daß wiederum ein ganz enormer Abbruch an den Unterstützungssachen vorgenommen wird. Dadurch würde den Funktionen jede Agitationsmöglichkeit genommen. Besonders sollen durch die Anträge des Hauptvorstandes die alten treuen Mitglieder getroffen werden. Die Versammelten erkennen an, daß es Pflicht des Hauptvorstandes ist, für geordnete Finanzen zu sorgen; sie erwägen deshalb gemeinsame Wege zu suchen und beiderseits Opfer zur Finanzierung der Verbandskasse zu bringen.

Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß in der jetzigen schweren Zeit an Unterstützungserhöhungen nicht gedacht werden kann. Aber auch der Hauptvorstand mußte alles versuchen, daß gerade in der jetzigen Zeit die Unterstützungssachen und Beitragssätze des Hamburger Verbandstages beibehalten werden. Auch wäre zu prüfen, ob für die invaliden Mitglieder an Stelle des 10 Pf.-Beitrages ein prozentualer Beitrag eingeführt werden könnte; denn eine solche Beitragserhöhung würde von den Mitgliedern viel besser verstanden werden als eine Kürzung der Unterstützungssätze.

Zur Invalidenversicherung.

Der Verbandstag wird einen Bericht entgegennehmen, wie sich die Invalidenunterstützung finanziell ausgewirkt hat. Schon jetzt taucht die Forderung auf, die Karenzzeit zur Gewährung der Invalidenunterstützung zu erhöhen; andere wiederum glauben in einem kleinen Abbau der Leistungen das Richtige zu sehen. Bei der Beurteilung dieser Fragen müssen meines Erachtens einige wesentliche Gesichtspunkte herangezogen werden. In Hamburg hatte der Verbandstag eine indirekte Beitragserhöhung um 1 bis 2 Pfassen beschlossen, indem er die Leistungen aller Unterstützungsabteilungen abbaut. Wohl die meisten Mitglieder folgten dem Rats und leisteten einen entsprechend höheren Beitrag. Dadurch hatte der Verband an 4 Millionen Mark Mehreinnahme im Jahre 1929 gegenüber 1928 zu verzeichnen, und das Krisenjahr 1930 dürfte in der Beitragseinnahme immer noch mehr als 1928 aufweisen, so daß durch diese Beitragserhöhung die Mittel für die Invalidenunterstützung geschaffen worden sind. Der Durchschnittsbeitrag in der Zahlstelle Gera betrug im Jahre 1928 92 Pf., im Jahre 1929 113 Pf. und im Jahre 1930 118 Pf. Eine ähnliche prozentuale Beitragserhöhung dürfte im Gesamtverband erreicht worden sein. Nach den letzten Mitteilungen in unserer Verbandszeitung erfordert die Invalidenunterstützung monatlich etwa 130 000 Mk. bei etwa 12 700 Invaliden. Das wären im Jahre etwa 1 560 000 Mk. Aufwendungen. Ein weiteres Anwachsen der Invalidenzahlen scheint in nennenswertem Maße nicht mehr einzutreten, denn selbst der Vorstand meldet, daß in den letzten 15 Monaten 500 unterstützungsberechtigte Invaliden gestorben sind. Wenn auch die Höchstzahl der Invaliden noch nicht ganz erreicht sein dürfte, so läßt sich aber wohl übersehen, daß die Beitragserhöhung, die doch ausschließlich für diesen Zweck durchgeführt wurde, für die Finanzierung des neuen Unterstützungsabzweiges ausreicht. Bei etwa 470 000 Mitgliedern stellt die Zahl der Invaliden im Verband einen Prozentsatz von 2,7 Prozent dar. Von den Einnahmen werden etwa 6 Prozent dafür verbraucht. Die Beitragserhöhung dürfte bei etwa 25 Prozent liegen, die Grenze der Ausnutzungsmöglichkeit ist noch nicht voll erreicht. Ein Beispiel: Die Zahlstelle Gera stellt 1,7 Prozent der Mitglieder vom Gesamtverband, aber der Invalidenfuß liegt bei 4,4 Prozent, übersteigt also den Reichsdurchschnitt um 1,7 Prozent. Die Beitragserhöhung machte 1929 (gegenüber 1928) etwa 29 400 Mk. aus. Im Krisenjahr 1930 betrug trotzdem die Einnahme noch 13 080 Mk. mehr als im Jahre 1928, obwohl annähernd die Hälfte der Mitglieder fast immer erwerbslos war. Nun kann man aber das Krisenjahr 1930 nicht für Berechnungen zur Grundlage nehmen, denn so kann und wird es nicht bleiben. Ausgezählt hat diese Zahlstelle an 123 invalide Mitglieder 10 960,80 Mk., es verbleibt also von der Einnahme immer

noch eine kleine Reserve. Dabei ist zu beachten, daß die Invalidenzahl zwei Drittel über dem Reichsdurchschnitt liegt.

Bei der Betrachtung der Kosten, die für den neuen Unterstützungsabzweig aufzuwenden sind, muß ferner beachtet werden, daß die Invaliden vom § 16 (Erwerbslosenunterstützung) keinen Gebrauch machen können. Der Verband braucht keine Kranken- und Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. Erfahrungsgemäß haben invalide Mitglieder die Krankenunterstützung regelmäßiger in Anspruch nehmen müssen. Gewiß entrichten die Invaliden auch keine Vollbeiträge, aber der Unterstützungsfuß übersteigt die jährliche Beitragsleistung, besonders in den höheren Stufen.

Meines Erachtens liegt für den diesjährigen Verbandstag noch keine Ursache vor, am § 20 des Statuts Veränderungen vorzunehmen. Es könnte bis zum nächsten Verbandstag gewartet werden, um völlig klar zu sehen, denn die statistischen Zahlen in der Invalidenversicherung weisen aus, daß um 1935 herum der Höchstpunkt im Ansteigen der Invalidenzahlen erreicht werden dürfte. Wir haben noch immer eine Beitragserhöhungreserve, die vor einer Veränderung des § 20 voll auszunutzen wäre, ohne dabei die Finanzkraft der Organisation zu erschüttern.

Ein Wort zu der Fassung des § 16, Ziffer 7 und 8. Meines Erachtens ist diese Fassung nicht geeignet, die Mißverständnisse der Mitglieder aus der Welt zu schaffen. Der Verbandstag wird eine klarere und unmißverständlichere Fassung wählen müssen, damit die Beschwerden der Mitglieder an den Vorstand über die Errechnungsweise der Zahlstellenentlastungen aufhören.

Ferner scheint es mir notwendig zu sein, im § 33, Ziffer 10 2 Monate durch 4 Monate zu ersetzen, um vor der Wahl der Verbandstagsdelegierten die gestellten Anträge in den Zahlstellen eingehend diskutieren zu können. Die Zahlstelle Gera wird mit entsprechenden Anträgen zum Verbandstag aufwarten.

B. Martin (Gera).

Literarisches

Die Arbeitslosenversicherung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitler. Verordnung über die Arbeitslosenversicherung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern. Vom 18. Oktober 1930. Ausführlich erläutert von Franz Spliedt und Dr. Bruno Brückner. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6, Preis 0,90 RM. Die Broschüre ist von zwei Fachkennern zusammengestellt und tut sicher den Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern gute, brauchbare Dienste. Heimarbeitende Glas-, Porzellanarbeiter und Grobkeramiker können sich aus dem Büchlein Aufklärung und Rat holen. Interessenten wollen sich an die genannte Buchhandlung wenden.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des beruflichen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die Juni-Nummer der „Gesundheit“, der an den Krankenkassenschaltern kostenlos verteilten Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes, ist dem sommerlichen Sport gewidmet.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Lothar Erdmann. Heft 5, 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6a. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 RM, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 RM.



Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde gemäß § 14, Ziffer 3 a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Straßburg: Friedrich Deder, Buch-Nr. S 11 720 333; ferner gemäß § 14, Ziffer 3 a und d, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Glogau: Paul Kochau, Buch-Nr. 1 020 585.



Jugendtreffen der Fabrikarbeiterjugend. Gau 8. Thüringen

Noch vor einem Jahre war im Gau Thüringen die Jugendbewegung unseres Verbandes so gut wie fast nicht am Leben. Eifrige Kleinarbeit über die Zeit des Winterhalbjahres hinweg hat ihre Wurzeln gebreitet — und Früchte getragen. Nun war es soweit, daß auch der Gau Thüringen seine jungen Arbeiterinnen und Arbeiter zu einem Treffen rufen konnte.

In Rudolstadt, einer der schönsten Städte am Saalelauf, fanden sich am 7. Juni 600 Jugendliche unseres Verbandes in froher Gemeinschaft zusammen. Schon am Sonnabend trafen fernliegende Jugendgruppen per Lastauto und Bahn in Rudolstadt ein. Glücklich und froh waren die Herzen nach lustiger Fahrt, herausgenommen aus dem stählernen Rüstzeug des grauen Alltags. „Freundschaft“, und immer wieder „Freundschaft“, Klang der kameradschaftlichen Gruß allen entgegen, warm wiedergenommen, erheben sich kitzelnd in dem sicheren Bewußtsein einer Organisationsüberwindenheit. So legte sich auch ehrliche Freude und Verbundenheit in die Herzen der Rudolstädter gewerkschaftlichen Arbeiterjugend, indem die am Sonnabend eintreffenden 200 Jugendlichen alle Quartiere in Arbeiterfamilien beziehen konnten. Die Jugendlichen des gastgebenden Ortes knüpften das Band der Freundschaft gar reich und teils in Führungen an schöne Stellen des Ortes, teils gefunden zu frohem Spiel und Jugendtanzen; wobei auch flotte Musik nicht fehlte, gingen die Stunden dahin — wurde es Zeit für die junge Schar, sich der Nacht zu beugen — zu ruhen. —

Sonntagmorgen! — Festtag junger Fabrikarbeiter! Die Sonne steht noch tief; ihre ersten Strahlen wecken heute nicht nur junges Leben im Garten Natur. — Sonnenwärme trifft auch die Herzen junger Proletarierkinder, und da atmet die gedrückte Brust, das Herz weitet sich — Leben erwacht! Klaffenbewußte Mädchen und Jungen kommen fahrend oder ziehen jügend durch den roten Morgen, das rote Banner voran, hinauf auf das am Bergeshang gelegene Heim der Freien Turnerjugend Rudolstadt.

Pünktlich 9 Uhr beginnt die Morgenfeier in dem geräumigen Saal des Turnerheims. Der Arbeitergesangverein „Volksgesang“, Rudolstadt, leitet die Feier ein mit dem Lied „Ich warte dein — du goldener Freiheitstag“. Ein Künstler-Streichquartett der Landeskapelle spielt hervorragenden Musik von Mozart und Haydn. Jugendkollegin Baumann-Jlmenau rezitiert klar und verständlich einen Vorpruch „Jugendtag“ von Bruno Schönlanf. Sodann nimmt Kollege Diebchen Rudolstadt das Wort und begrüßt im Namen der Zahlstelle Rudolstadt die Erschienenen mit herzlichen Worten. Kollege Langebach jr. als Vorsitzender des Ortsausschusses des A.D.G.B. findet treffende Worte der Begrüßung. Gausleiter Kollege Erdmann-Jlmenau überbringt die Grüße der Gausleitungen, dankt allen Mitarbeitern an der Gestaltung des Festes und dankt besonders dem Kollegen Albin Karl vom Hauptvorstand für sein Interesse am ersten Aufmarsch der Thüringer Jugend.

Seine Ausführungen spiegeln das Leben der arbeitenden Jugend — zeigen die Not und Entbehrungen der kämpfenden Arbeiterjugend — schildern den Mut, die Ausdauer, die Kraft des sich nicht beugenden organisierten Proletariats; beleuchten das Wollen des Gegners, des Unternehmertums, des organisierten Kapitals, und gipfeln in der sich immer mehr als Notwendigkeit beweisenden Kraft und Stärke der gewerkschaftlichen

Organisation der Arbeiterschaft. Einigkeit, Treue und Opferbereitschaft für den Verband mögen auch junge Generation als bewußte Kämpfer befehlen.

In diesem Sinn überreichte Kollege Erdmann der Rudolstädter Jugendgruppe das vom Hauptvorstand gestiftete Gaujugendbanner. Seine feierlichen Weiseworte klingen aus in dem Bunde:

„... Hoffen wir, daß unter diesem roten Banner die junge Generation weiter kämpft im Sinne ihrer Väter, ihrer Mütter, weiterkämpft für den Frieden der Welt — für ein besseres Leben der arbeitenden Menschheit.“

Ein von der Rudolstädter Jugend vorgeführter Sprechchor „Aufzug“ wirkte eindrucksvoll und erntete stürmischen Beifall. Gemeinamer Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ beendete die eindrucksvolle Morgenfeier. Eine Besichtigung des berühmten Museums auf Schloss Weichsburg konnte den Wissensdrang so vieler in vielfältiger Art stillen. Nach der Mittagspause begann der Demonstrationzug durch die Stadt. Gewaltig hebt sich das schöne Rot der Fahnen im Gleichschritt einer Masse hervor. Wichtig wirken die Forderungen um Jugendbeschäftigung und -recht. Mit berechtigtem Stolz erfüllt, schreiten unsere Mädchen mit kommender Mütter — die freudigen Sinnes dem Sozialismus huldigen. Aus allem aber strahlt die Hoffnung des Heute, daß sie das Morgen rot gestalten durch ihr und ihrer Kinder Wirken.

Die Nachmittagsstunden im Schützenparken störte der launenhafte Wetterpost nur zu oft durch heftige Regengüsse. Wollte er frohe Gesichter trüben? Weit gefehlt — dort im Schutze eines Baumes klang lustig die Weise: „Regen, Wind, wir lachen drüber — wir sind jung, und das ist schön...“

Die Sonne kämpft für uns, Arbeiterlänger jüngen ein Kampflied. Kollege Karl vom Hauptvorstand nimmt das Wort. Scharf durchdracht reden seine Worte von der Schwere der Gegenwart, von den Dingen, die die organisierte Arbeiterschaft und die Jugend viel angehen. Verständlich zeigt er die Widersprüche einer unruhigen Weltwirtschaftspolitik, streift die damit verbundene Weltwirtschaftskrise und betont die so notwendige Einigkeit der Arbeiterschaft und die Wichtigkeit einer Stärkung des Klassenbewußtseins jedes Arbeiters. Unser Jugendtreffen möge durch seine Demonstration für die Rechte der Jugend werdend sich auswirken bei allen noch fernstehenden. Unser Sinn für kulturelle Bedürfnisse findet seine Befestigung in der Befestigung veralteter Kulturwerte. Nicht deshalb, um veraltete Dinge neu aufleben zu lassen, beizubehalten, nein, lernen soll die Jugend aus den veralteten Kulturwerten, um an Stelle dieser neue Werte sozialistischen Inhalts zu setzen.

Wollen wir stolz sein auf das Fortschreiten unserer jungen Bewegung im Verband.

Wollen wir froh werden des Kampfes für unsere Idee, wird sie doch getragen von der großen gewerkschaftlich organisierten Armee der Klassenbewußten Arbeiterschaft.

Geinwärts muß es wieder gehen! In die Berge, in die Täler des Thüringer Landes. Vorbei ist das erste Treffen der Thüringer Fabrikarbeiterjugend. Alle kehren heim voll freudigen Hoffens auf die siegreiche Kraft des Verbundenseins — des Sozialismus.

K. Langenbach jr., Volkstedt

Die Verwendung des Urlaubs

Gast du, Jugendkollegin und Jugendkollege, dir schon einmal überlegt, wie du deinen Urlaub ausfallen willst, wie und wo du ihn verleben willst?

Viele unserer Jugendlichen verleben ihre Urlaubstage zu Hause. Entweder haben sie kein Geld zu einer kleinen Reise, oder aber sie sind etwas pflegemäßig, willenlos, haben keinen richtigen Unternehmungsgeist, um sich einmal herauszuwagen aus ihrer Umgebung. Oder sie arbeiten gar irgendwas (z. B. beim Bauer), um doppelten Lohn zu erhalten. So wird der Urlaub gefährdet. Denn der Unternehmer kann dann sagen, der Arbeiter ist nicht erholungs- oder urlaubsbedürftig. Diese Gründe dürfen uns nicht abhalten, auch den wenigen Urlaub, den wir bekommen, so zu verbringen, daß wir davon einen Genuß haben. Freude und Erholung soll er uns bringen. Auch mit wenig Geld kann man Wanderungen unternehmen oder sich irgendwo in einem Heim der G.A.B. und der Naturfreunde erholen. Billige Hebernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche bieten uns die Jugendherbergen vom Deutschen Jugendbergs-Verband. Wer einen Reiseausweis besitzt (zu haben in allen Jugendherbergen für 50 Pf., gültig für ein Jahr, nur für Jugendliche bis zu 20 Jahren), kann in jeder Jugendherberge in Deutschland (für die Alpen und Alpenvorland ist ein besonderer Ausweis in München zu beziehen, siehe auch Herbergsverzeichnis) für ein billiges Schlafgeld von 30—40 Pf. übernachten. Bei Gruppen von mindestens drei Teilnehmern muß der Führer einen Führerausweis haben. (Siehe auch Jugendbergsverzeichnis.) Das Jugendwandern wird heute von Vereinen, die Jugendpflege treiben, und von Behörden weitgehend unterstützt, es ist bereits so ausgebaut, daß mit ge-

ringen Kosten auch die proletarische Jugend die Natur, die Menschen, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse kennen- und schätzen lernen kann. Die Natur dient zur Erholung und Stählung des Körpers. Denn in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist. (Plato.) Die Menschen, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse kennen-zulernen, bedeutet, sein eigenes Wissen zu bereichern, seinen Geist zu stärken. Bedeutet weiter, das Leben, den Daseinskampf der Menschen, zu verstehen, um ihn umändern zu können in eine gerechte Lebensweise. Brot und Schönheit für alle Menschen! Wir treiben soziales Wandern. Dazu müssen wir den Urlaub verwenden. Und wenn wir so den Urlaub zu einem machtvollen Organisationswerk gestalten, wird der Arbeiter seine Urlaubstage so gut verleben können, daß er das ganze Jahre daraus Freude und Stärkung schöpft. Er kann in Industriebädern, Heimarbeiterorten usw. neue Einblicke ins Leben gewinnen. Er kann in andere Länder reisen, wo er von Genossen empfangen wird, die internationale Verbundenheit wird gestärkt. Er sieht, daß er sich für seinen Urlaub einnehmen muß, um einmal im Jahre herauszukommen aus der wirtschaftlichen und geistigen Gefangenenschaft der kapitalistischen Gesellschaft. In diesem Sinne, Jugendkolleginnen und -kollegen, gestaltet euren Urlaub aus. Auch die wenigen Urlaubstage, die wir uns durch den Verband erkämpfen haben, sollen uns Erholung, Freude und Bereicherung unseres Wissens bringen. Dann wird auch der Urlaub die Bedeutung gewinnen, die ihm zukommt. Mit neuem Mut, mit neuer Begeisterung werden wir im Verbandsleben und kämpfen gegen die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft, für gerechten Lohn, mehr Freizeit, mehr Urlaub.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Der Venustempel / Von Wilhelm Bloss

Herr Sander hatte die blühende und liebreizende Erscheinung früher wohl bemerkt, aber er war gewohnt, seine langen Belagerungen zu unternehmen; einer solchen schien ihm auch Käthe nicht wert, denn seine Auffassung vom weiblichen Geschlecht war roh, und ihm erschien genau genommen schließlich „eine wie die andere“. Indessen Käthes Stolz begann ihn nach und nach zu reizen, und als es bekannt wurde, daß sie mit einem Arbeiter verlobt sei, da empfand er ein brennendes Verlangen, diese blühende Blüte selbst zu brechen und sie erst, wenn er ihrer überdrüssig geworden, als „abgelegtes Verhältnis“ dem „Herl“ zu überlassen.

Heute wollte er die Sache zur Entscheidung bringen, obwohl er eine dunkle Ahnung hatte, daß es diesmal nicht so leicht nach seinen Wünschen gehen würde, wie bei so mancher Anderen. Er schüttelte sein Haupt.

„Ach was, für Geld find sie alle zu haben; warum denn dieser kleine nette Käfer nicht?“ sagte er zur Selbstermutigung.

Käthe wurde zu ungewohnter Zeit auf das Büro des Chefs beschieden.

Die Verkäuferinnen, welche wußten, was das bedeutete, lachten hinter ihr her.

„Na,“ hieß es, „jest kommt sie auch endlich dran.“

„Die kann uns allen gefährlich werden,“ zischelte eine. Eine andere aber meinte:

„Gebt acht, die ist für den Sarem unseres Paschas nicht zu haben.“

„Alle sind zu haben,“ sagte eine „Abgelegte“.

Inzwischen kam Käthe bei dem Chef an und wurde von ihm mit ruhiger Freundlichkeit empfangen. Sie fühlte in diesem Augenblick, wie seine Hände mit brennendem Verlangen an ihr hingen; sie wurde rot, denn ihr war, als wolle er sie mit seinen Augen entkleiden.

„Ich habe mit Ihnen zu sprechen,“ begann er mit etwas bitterer Stimme. „Treten Sie hier ein; ich komme sofort.“

Er öffnete eine Türe und Käthe trat ein.

Als sie sich umschah, überließ sie ein Gefühl der Furcht.

War dies der berühmte Venustempel, von dem sie so oft spöttisch sprechen gehört?

Zwischen Palmbäumen ragte die prächtige lebensgroße Marmorstatue der Thoralphenschen Venus empor; daneben sah man Danneders Ariadne und eine nackte Omphale, den spannenden Herkules zu ihren Füßen. An der Wand große schöne Gemälde; das Urteil des Paris nach Rubens, Venus mit dem Kriegsgott im Neb, Leda mit dem Schwan. Die ganze Zimmerausstattung war eine überaus üppige; Käthe fiel besonders ein kostbar ausgestattetes Büfett auf. An der einen Wand befand sich ein Divan; ihm gegenüber ein Akkoben, in dem sie ein Bett erblickte. Prächtige Teppiche dämpften die Schritte in dem Gemach, dessen einziges Fenster dicht verhängt war und in dem man von dem Geräusch des Geschäfts und der Straße keinen Laut vernahm.

Die Atmosphäre des „Venustempels“ wirkte sinnbetäubend auf Käthe; die steinernen Figuren schienen sie höhnisch anzulächeln; ihr war, als flüsterte man ihr von den Wänden herab schauerliche Geschichten zu von armen Mädchen, die hier gestirbt waren, und die einen widerwärtigen Wüßling preisgegeben, nur weil er ihr Brotherr war. Furcht erfaßte das Mädchen; sie wollte fliehen, fliehen um jeden Preis. Wenn der Chef ihr etwas mitzuteilen hatte, warum konnte er ihr das nicht auf seinem Büro sagen? Sie hatte ja keine Geheimnisse mit ihm! Fort aus diesem unheimlichen Gemach, fort! Sie sah eine zweite Türe, der gegenüber, durch die sie eingetreten war; dort wollte sie hinaus und rüttelte an der Klinke; aber die Tür war fest verschlossen — da legte sich eine Hand auf Käthes Schulter; sie schrak fürchtbar zusammen und stieß einen gellenden Schrei aus; fast brach sie in die Knie.

Sander war unhörbar eingetreten. „Was erschrecken Sie so? Sehe ich denn so unheimlich aus?“ sagte er sanft.

Käthe sah ihn angstvoll an.

„Ich erschrecke immer, wenn Jemand plötzlich hinter mir steht,“ sammelte sie verlegen. „Und die großen Marmorbilder.“

„Vor denen wollten Sie ausweichen?“ rief er und lachte so herzlich, daß sie sich ihrer Furcht zu schämen begann und herzlich mitleidete.

„Die tun Ihnen ganz gewiß nichts,“ versicherte er nicht ohne Spott und führte sie zum Divan, wo er sich ihr gegenüber niederließ.

„Ihr Fleiß, Ihre Geschicklichkeit und Umsicht,“ begann er, „sind bei mir nicht unbemerkt geblieben.“

Käthe erröte. „Ich habe mir alle Mühe gegeben,“ sagte sie etwas verzierrt.

„Sie sind eine wertvolle Acquisition für mein Geschäft,“ fuhr er fort, „und ich möchte Ihnen einen größeren und Ihren Fähigkeiten mehr entsprechenden Wirkungskreis anweisen. Ich will Sie zur Direktrice der Abteilung meines Warenhauses machen, in der Sie bis jetzt nur Verkäuferin gewesen sind.“

Käthe war nicht ganz wohl zumute bei der Sache; sie vermehrte irgendeinen Hinterhalt, andererseits aber konnte sie ihre Freude über diese Beförderung auch nicht verbergen.

„Wie wird sich meine arme Mutter freuen,“ sprach sie wie in Gedanken vor sich hin.

Sie bezog erst jechig, dann fünfundsiebzig Mark monatlich als Verkäuferin, sagte er. „In Anbetracht Ihrer außerordentlichen Fähigkeiten und der Tatsache, daß Sie ein Zugvogel für mein Warenhaus sind, sehe ich Ihnen ein Gehalt von zweihundert Mark pro Monat aus.“

„Wie gülig Sie sind,“ sammelte Käthe.

„Der Gehalt kann später noch steigen,“ sagte er hinz.

„Aber werden meine Fähigkeiten auch ausreichen?“ fragte sie ungerne.

Natürlich, lachte er. „Ich bin ein Geschäftsmann, Sie für einen solchen Posten nicht langten, würde ich Sie ganz gewiß nicht zu demselben berufen.“

„Wie soll ich Ihnen nur für so viel Güte danken?“ meinte sie schüchtern.

Jetzt glaubte der ebenenkende Chef den Augenblick gekommen zu sein, um Käthe zu übergeben. Er glaubte das schöne Mädchen nun als sichere Beute zu haben zu können; mit ein wenig ungewohntem Widerstreben war er ja schon so oft fertig geworden.

„Wie Sie mir danken sollen?“ fragte er. „Nun, indem Sie Ihren Posten so vorzüglich ausfüllen wie bisher und — indem Sie ein klein wenig lieb gegen mich sind.“

Sie sah ihn wie verhandlungslos an; er hatte ihre Hand ergriffen und freizulassen sie. Käthe wagte, sie wußte selbst nicht warum, dem Manne die Hand nicht zu entziehen. Ohne daß sie wagte, wie es geschah, sah er neben ihr, hielt zärtlich ihre Hand in der seinen und freizulassen ihre Wangen. Als Käthe aufschaute, tauchten seine Augen in wilder verlangender Glut in die ihren. Es war, als ob dieser Blick sie lähmte.

Er umschlang ihre Taille, er zog sie fest an sich, er drückte einen glühenden Kuß auf den Mund des sich heftig sträubenden Mädchens.

„Ich liebe dich, ich liebe dich, du mußt mein werden,“ rief er zischend über seine Lippen.

Herr Sander,“ stöhnte Käthe, indem sie verzweifelt rang, sich aus seiner Umarmung zu befreien.

„Mein mußt du werden,“ zinselte er, indem er sie ungestüm an sich presste; „sich eine Blume wie du, ist nicht für irgendeinen schädigen, ruhigen Kerl gewachsen.“

Die Erinnerung an ihren Bräutigam löste mit einem Schloß den Mann, der auf Käthe gelegen; sie fand die Kraft, sich aus der Umarmung Sanders loszureißen und schlenberte seine Arme zur Seite. Mit flammenden Augen und wogendem Büten, die Wangen hochaufblühend, stand sie vor ihm. In ihrem Horn erschien sie ihm so schön, wie nie zuvor.

„Herr Sander,“ sprach sie, tief Atem holend, in abgebrochenen Sätzen, „Sie vergessen, daß Sie es mit einem anständigen“

Mädchen zu tun haben. Und meinen Bräutigam lasse ich von niemandem beschimpfen. Es ist ein vortrefflicher Mensch und ein edler, reiner Charakter; darum liebe ich ihn.“

Sander lachte spöttisch.

„Und ein sozialdemokratischer Agitator, der auf der schwarzen Liste steht!“

Käthe erblickte.

„Er ist gemäßigter worden, und man nimmt ihn nirgends mehr, weil er ein Geher und Unruhstifter ist. Nun kann er sich aus den Pfoten saugen.“

„Wohi, wie wohi!“ rief Käthe entrüstet. „Sie billigen wohl noch solche Schändlichkeiten!“

„Über Sanders Gesicht zuckte ein böser Zug.“

„Güten Sie Ihre Fänge,“ sagte er scharf. „Eine Direktrice ist eben so schnell entlassen wie eine gewöhnliche Verkäuferin, und die Geliebte eines sozialdemokratischen Agitators kann man auch auf die schwarze Liste setzen.“

Käthe fuhr zurück. Welch ein Abgrund von Niedertracht tat sich da auf vor ihrem entsetzten Blicke!

(Fortsetzung folgt.)

Die 25 größten Schiffstragödien der Welt

Das Unglück des französischen Vergnügungsdampfers „St. Philibert“, der in der Nähe der Loire-Mündung im Sturm mit 500 Menschen sank, gehört zu den größten Schiffskatastrophen der Geschichte und wird in der Reihe der 25 größten Tragödien des Ozeans nur von wenigen an Zahl der Menschenopfer übertroffen. Es ist aber falsch, zu behaupten, daß nur der Untergang der „Titanic“ größere Verluste brachte, denn leider sind Schiffskatastrophen trotz aller Sicherheitsmaßnahmen, die die Technik geschaffen hat, in den meisten Fällen von ungeheuren Menschenverlusten begleitet. Je größer die Schiffe wurden, desto größer war auch naturgemäß die Zahl der Todesopfer in dem Falle einer Katastrophe. So kommt es, daß gerade die Schiffsgeschichte der letzten 50 Jahre furchtbare Tragödien aufzuweisen hat. Das erste große Unglück ereignete am 7. Mai 1870 und betraf die deutsche Handelsflotte. Das Hamburger Schiff „Schiller“ ging mit 331 Personen unter. Drei Jahre später wurde wiederum Deutschland von einem schweren Unglücksfall betroffen, denn am 31. Mai 1873 sank das deutsche Kriegsschiff „Großer Kurfürst“ mit 275 Personen. Am 3. September 1878 ging der englische Dampfer „Alice“ unter, der 600 Personen an Bord hatte, von denen nur wenige gerettet werden konnten. Am 14. Januar 1883 wurde Deutschland aufs neue durch eine furchtbare Tragödie in Trauer versetzt, denn der Hamburger Dampfer „Zimbrä“ sank mit 454 Menschen. Nun beginnt eine englische Unglücksferie der englischen und französischen Handelsflotte. Deutschland hatte in der Folgezeit nur noch ein großes Unglück zu beklagen, nämlich den Untergang des Dampfers des Norddeutschen Lloyd „Elbe“ am 30. Januar 1895, bei dem 375 Menschen den Tod im nassen Grab fanden. Zwei Jahre vorher war der englische Dampfer „Victoria“ am 23. Juni 1893 mit 422 Personen gesunken. Am 16. März 1895 ging der spanische Dampfer „Reinar Regenta“ unter, wobei 435 Menschen ertranken. In der Reihe der Unglücksfälle folgen nun wiederum ein englischer Dampfer „Rainmond Castle“, der am 17. Juni 1896 mit 335 Personen sank. Fast zwei Jahre später, am 4. Juli 1898, fielen einer Katastrophe des französischen Dampfers „Bourgoigne“ 570 Menschen zum Opfer. Am 6. Mai 1902 sank das englisch-indische Schiff „Kamorta“, wobei 789 Personen ums Leben kamen. Das Jahr 1904 brachte eine der furchtbarsten Tragödien der Welt, denn am 15. Juni verbrannte der New Yorker Vergnügungsdampfer „Elcom“, der das Todeschiff der 1000 Kinder wurde. Das Schiff hatte nämlich 1000 Personen, meistens Kinder, an Bord, Ausflügler aus New York, die entweder verbrannten oder ertranken. Zwei Jahre später ging das

nordwestliche Auswandererschiff „Norge“ mit 600 Personen unter. Am 10. September 1906 sank das japanische Flaggschiff des Admirals Togo „Mitsuba“ und zog 599 Offiziere und Mannschaften der japanischen Marine mit sich in die Tiefe. Auch das Jahr 1906 brachte eine Schiffskatastrophe, denn am 4. August dieses Jahres ging das italienisch-spanische Auswandererschiff „Siro“ unter. Diese Katastrophe forderte 385 Menschenleben. Am 21. Februar 1907 sank der englische Dampfer „Berlin“ mit 170 Personen und am 12. März desselben Jahres das französische Kriegsschiff „Tena“ mit 118 Personen. Im Jahre 1908 hatte wieder die englische Handelsflotte einen Verlust zu beklagen, denn am 25. November sank die „Sardinia“ mit 166 Personen. Das Jahr 1910 brachte zwei Schiffskatastrophen, und zwar eine der französischen und eine der englischen Handelsflotte. Am 10. Februar 1910 ging nämlich der französische Dampfer „General Chanay“ mit 157 Personen und am 20. April des gleichen Jahres der englische Dampfer „Aurora“ mit 187 Personen unter. Am 25. September des nächsten Jahres hatte die französische Kriegsmarine wiederum ein ähnliches Unglück zu beklagen, wie am 12. März 1907, denn an diesem Tage fiel das französische Kriegsschiff „Siberie“ mit 400 Mann Besatzung einer Katastrophe zum Opfer. Der 14. April 1912 brachte die überhaupt größte Schiffskatastrophe der Welt, denn an diesem Tage stieß das englische Schiff „Titanic“ mit einem Eisberg zusammen und begrub mehr als 1400 Menschen in den Wogen des Ozeans. Die nächste furchtbare Katastrophe war die des Dampfers „Empress of Ireland“ am 29. Mai, die über 1000 Menschenleben forderte. Am 7. Mai 1915 wurde der große englische Dampfer „Dulstania“ an der Südküste Irlands von einem U-Boot versenkt, wobei 1134 Menschen umkamen. Im September 1919 hatte wiederum die englische Flotte einen schweren Verlust durch den Untergang des Dampfers „Penzance“, der 600 Menschenopfer erforderte. Im Oktober 1927 ging das italienische Schiff „Principe Amedeo“ unter. Insgesamt haben 25 große Tragödien in den letzten 50 Jahren ungefähr 10 000 Menschenopfer gefordert. Trotz aller Bemühungen ist eine völlige Verhütung dieser Tragödien der Weltverkehrs und der Kriegsschiffahrt bisher nicht möglich gewesen, und wird wohl nie ganz bewerkstelligt werden können, wenn auch besonders bei deutschen Schiffen durch genaue Bauvorschriften die größtmögliche Sicherheit geboten wird. Die deutsche Handelsflotte hat in den letzten Jahrzehnten keine Katastrophen aufzuweisen.

Das Gefühlsleben der Tierwelt

Unbestreitbar ist, daß der Naturinstinkt das Leben der Geschöpfe dieser Erde von Beginn ihrer Daseinsmöglichkeit her regelt, aber ebenso, daß er mit sich ändernden Verhältnissen durch Anpassung eine Wandlung durchmacht, die eine Wesensart zeitliche, die ganz abseits des Urinstinkts liegt. Am härtesten gelangt er noch zum Ausdruck im Trieb zur Erhaltung. Je mehr dieser behindert ist, um so mehr tritt die Bestie in Erscheinung, die letzten Endes vom Wutausbruch erfaßt, auch dann noch mordet, wenn ein Bedürfnis nicht mehr vorliegt.

Hund und Katze sind nach allgemeiner Ansicht gefühlsvolle Feinde. Jeder Tierfreund weiß aber, daß es genügend Fälle gibt, wo diese innige Freundschaft halten, sich gegenseitig schützen und mit Nahrung versorgen. Da kam es vor, nicht langer Zeit vor, daß ein so ergögner Hund eine fremde Katze auf der Straße anfand und mit einem Biß ins Genick tötete. Diese hatte ihm vor Tagen ein Stück Fleisch vor der Nase weggeworfen und dieses Vorwissen den Hund gewendet, der auf Raube ausging, nebenbei aber auch hiebensüchtige Katzen jagen kann, welches selbst vor dem eigenen Herrn nicht haltmacht, wenn dieser aus Spaß nach dem Futter greift.

Eine solche Episode ist nicht mehr zum Vorschein tretender Instinkt, sondern die Folge der Uebernahme eines Gefühlsnisses ins Gedächtnis des Tieres, das fernherhin an ihm begangenes Unrecht zu verhüten sucht.

In einem Park war eine junge Antilope aus dem Nest gefallen, die nach der Mutter anständig piepte und damit eine Katze angelockt hatte. Aufgeregt hielten die Alten blitzschnell nieder, immer wieder ihren Anruf wiederholend, und damit die Katze verwirrt, bis aufmerksam gewordene Passanten die Antilope retteten. Aus hier trat neben der Kindesliebe und der Freundschaft weniger der Raubtierinstinkt in Erscheinung, als der angeborene Reiz zum Spielen, der letzten Endes verliert, ohne es zu wollen. Beweis dafür ist das seltsame Durcheinander von Rehen lebender Menschen und das von mir oft beobachtete Anhängen von äußerlich unverbundenen Vögeln und Mäusen, die beispielsweise die Gänge einer mir befreundeten Familie vor die Tür legte. Bis auf diese ihr später abgewohnte Eigenschaft und einem unbestimmten Freizeitspaß hatte sie eine ausgesprochene Kammernatur. Was man auch mit ihr anstellen mochte, nie zeigte sie einen feindsigen Charakter, bis oder trachte. Nur im Spiel, so dem man sie erst lange bitten mußte, schlug sie zu. Sollte sie genug, so legte sie sich auf ihr Rücken oder schmeichelte und bettelte als Reichen zum Straußen.

Vor Jahren war ich Zeuge eines Vorfalles, wo ein Fußgänger seinen Hund auf eine Katze legte. Diese, keinen Ausweg sehend, trat, Betreffendem auf den Hund und zerfleischte ihm demachen Genid und Gesicht, daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Das Hunde sehr oft unter Einfluß ihres Lebens ihren Herrn und dessen Eigentum vor Schaden bewahren, ist eine bekannte Tatsache. Aber auch Katzen können zum Lebensretter werden, wie folgender Vorfall zeigt:

In Briesnitz bei Dresden war vor einigen Monaten in einer Möbelwerkerei ein Brand ausgebrochen. Alles Schief, denn es war noch früh am Morgen. Die Katze aber, die Unheil

witterte, sprang aufs Bett des Kindes, schmeichelte, stieß und leckte, und ließ sich auch durch mechanisches Abwehren nicht abhalten, bis die Mutter aufwachte, den Rauch spürte und den Feuerchein bemerkte. Eine halbe Stunde später wäre jede Rettung unmöglich geworden, da im angebauten Schuppen ein mit Benzin frisch getanktes Dieserauto sich befand, dessen Hinterteile bereits in Flammen standen. Die Anhänglichkeit der Katze an das Kind rettete die ganze Familie.

Betrachten wir das seelenvolle Auge eines Rehens, das schon ist, weil es im Menschen einen Feind sieht, das aber aus der Hand frisst, wenn es empfindet, daß ihm keine Gefahr droht, oder das des Hundes, das in Treue und Ergebenheit auf seinen Herrn blickt — jedes Winkes gewärtig und selbst ungerechte Behandlung geduldig ertragend. Selbst die Wölge des Waldes, die zur Winterzeit die Behaltungen der Menschen in den Städten aufsuchen, werden zutraulich, und ihr Vertrauen wächst mit unserer Geneigtheit, die nicht auf Arges Punt.

So ist das Leben um uns Menschen, wenn wir es recht zu schauen wissen, ein Beweis dafür, daß nicht der Instinkt es regiert, sondern ein tieferes Empfinden, das der Erfordernis nach anpaßt und gegebenenfalls den Instinkt voll ausschaltet. Sollte der Mensch nicht aus dieser Tatsache lernen können?

Arthur Meißner, Dresden.

Groteske Namen

Der Schöpfer der filmbekanntesten Michi-Maus, der in Billabehphia wohnhafte Walter Deane, hat sein Werk dadurch gekrönt, daß er nun Vater einer lebendigen Michi-Maus geworden ist. Er hat nämlich ein Töchterchen bekommen und es beim Standesamt auf den Namen Michi-Maus eintragen lassen. Es kommt öfters vor, daß Eltern in dem Bestreben, ihren Kindern originelle Namen zu geben, ein bißchen zu weit gehen. Manchmal spielen da wohl auch Modeströmungen mit, die bald wieder vorübergehen; aber die einmal gegebenen Namen haften ihren Trägern lebenslang an. So findet man heute in Frankreich zahlreiche Mädchen mit dem Namen Josefina, während viele englische Kriegsjungen auf die Vornamen Richard oder Francis hören. In Rußland sind alle bolschewistischen Führernamen zu Vornamen geworden, wobergegen in der Schweiz vor einiger Zeit einem Arbeiter von der Behörde verboten wurde, seinem Sohn den Namen Lenin zu geben. In der Begründung heißt es, daß Eltern nicht das Recht hätten, ihrer politischen Ueberzeugung auf diese Weise Ausdruck zu verleihen. Ein englischer Verwaltungsbeamter in Bomba machte bei der Namensgebung seiner Sprößlinge keine Umstände, er nannte seine Söhne One und Two (Eins und Zwei) und seine Tochter First (Erste). Ein Amerikaner war noch kürzlicher, als sein Stammhalter ankam, nannte er ihn — es sollte das einzige Kind heißen — Flins (Schling). Als aber eines Tages dennoch ein weiterer Familienzuwachs eintrat, kam der Mann keinen Moment lang in Verlegenheit, und ganz sachlich ließ er das Kind einfach als Supplement (Nachtrag) taufen. Dieser Supplement Wortington ist heute ein bedeutender Rechtsanwalt in Manila.

E. B. in der „Frankfurter Zeitung“.